



MARCHIVUM

MANNHEIMS ARCHIV
HAUS DER STADTGESCHICHTE
UND ERINNERUNG



MARCHIVUM Druckschriften digital

General-Anzeiger der Stadt Mannheim und Umgebung. 1886-1916 1912

56 (2.2.1912) Abendblatt

[urn:nbn:de:bsz:mh40-151018](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:mh40-151018)

Abonnement: 70 Pfg. monatlich, Vorkosten 30 Pfg. durch die Post inkl. Postzuschlag Nr. 3.42 pro Quartal. Einzel-Nr. 5 Pfg.

Inserate: Kolonial-Zeile 25 Pfg. für amtliche und auswärtige Inserate. 30 Pfg. Reklam-Zeile 1.20 Mk.

General-Anzeiger

der Stadt Mannheim und Umgebung

Badische Neueste Nachrichten

Täglich 2 Ausgaben (außer Sonntag) Gelesenste und verbreitetste Zeitung in Mannheim und Umgebung Eigenes Redaktionsbureau in Berlin

Schluss der Inseraten-Aannahme für das Mittagsblatt morgens 9 Uhr, für das Abendblatt nachmittags 3 Uhr

Beilagen: Amtliches Verkündigungsblatt für den Amtsbezirk Mannheim; Handels- und Industrie-Zeitung für Südwestdeutschland; Beilage für Literatur und Wissenschaft; Unterhaltungsblatt; Beilage für Land- und Hauswirtschaft; Mannheimer Schachzeitung; Sport-Revue; Wandern und Reisen und Winterport; Mode-Beilage; Frauen-Blatt.

Telegramm-Adresse: „General-Anzeiger Mannheim“

Telephon-Nummern: Direktion und Buchhaltung 1449 Buchdruck-Abteilung. 341 Redaktion. 377 Exped. u. Verlagsbuchhdlg. 218

Nr. 56.

Freitag, 2. Februar 1912.

(Abendblatt.)

Die heutige Abendausgabe umfasst 12 Seiten.

Regierung, Welfen und Polen.

Man kann es immer wieder im Reichstage oder im Preussil. Abgeordnetenhaus erleben, daß die Regierung Vorwürfe, die gegen sie erhoben werden, in edler Pose „energisch zurückweist.“ So hat vorgestern der preussische Minister des Innern die Behauptung, daß die Regierung den Welfen und den Polen gegenüber nicht mehr dieselbe energische Haltung gegenüber einnimmt wie früher, „entschieden zurückgewiesen.“

Leider hat der fromme Autoritätsglaube durch mancherlei Dinge einen richtigen Stofz erlitten und so wagt man sich an der angeblich so entschiedenen Haltung der Regierung gegen Welfen und Polen nachgerade zu zweifeln. Die Haltung der Regierungsgorgane in der welfischen Frage war während der Reichstagswahlen durchaus nicht absolut einwandfrei. Ein der Rechten so nahestehendes und den preussischen Landräten im allgemeinen so wohlwollendes Organ wie die Hamburger Nachrichten wußte zu erzählen, daß der Landrat des Kreises Heven (Reichstagswahlkreis Harburg) den rechtstehenden Bewerber dadurch am besten zu unterstützen glaubte, daß er die Nationalliberalen aufs heftigste angriff, während er die Welfen höchst schonungslos behandelte. Im Kreise Heven haben denn auch die welfischen Stimmen erheblich zugenommen und so kam der welfische Kandidat an Stelle des Nationalliberalen, der nur um wenige hundert Stimmen hinter ihm zurückblieb, in die Stichwahl mit dem Sozialdemokraten und schließlich zum Siege. In anderen Kreisen dürfte es ähnlich gewesen sein und dieser Haltung der Regierungsgorgane ist es wohl nicht zum kleinsten Teile zu verdanken, daß die Welfen diesmal in der Provinz Hannover fünf Mandate erlangen konnten, während sie sich bei den Wahlen von 1907 mit einem einzigen zu begnügen hatten. Daß die von den Landräten so freundlich unterstützten Parteien der Rechten und nicht die Nationalliberalen in Hannover die Rede zu bezahlen hatten, ist an sich nicht ohne Humor, aber die Tatsache, daß das Welfentum so große Erfolge erzielen konnte, bleibt doch höchst bedauerlich.

In der Polenfrage hat der doch gewiß nicht regierungsfeindliche Abgeordnete von Redlich ein großes Fragezeichen hinter die Erklärungen des Ministers gesetzt. Es soll an dem guten Willen des Herrn von Döllwigh dieser Frage nicht zweifelhaft werden, aber die Entscheidung liegt ja schließlich nicht bei ihm, sondern bei dem Gesamtministerium. Und da kann man sich je länger desto mehr des Gefühls nicht erwehren, daß es der Regierung den Polen gegenüber an der nötigen Entschlossenheit fehlt. Es ist doch höchst eigenartig, daß das Enteignungsgesetz, das nunmehr seit nahezu vier Jahren in Kraft ist, noch nicht in einem einzigen Falle zur Anwendung gelangt ist. Wir haben selbst eine allzu häufige Benutzung dieser scharfen Waffe nicht für wünschenswert gehalten, aber zwischen einer zu häufigen Benutzung und der völligen Nichtbenutzung ist der Unterschied denn doch etwas zu groß. Abgesehen von allem anderen sollte die Regierung denn doch daran denken, daß ihre Autorität nicht eben

gestärkt werden kann, wenn sie mit großer Mühe Gesetze durchbringt, um sie dann nicht anzuwenden. Die Reizung der Parlamente, Regierungsvorlagen zu bewilligen, kann dadurch nicht gestärkt werden.

Es gibt auch zu denken, daß die wiederholt schon zugesagte Parzellierungsvorlage so lange auf sich warten läßt. Es ist dringend vonnöten, daß den Polen die Gelegenheit genommen wird, durch Parzellierungen die Tätigkeit der Ansiedelungskommission lahm zu legen. Wir sind durchaus gegen eine Politik der Nabelstiche gegenüber den Polen, aber das Enteignungsgesetz und ein Parzellierungsgesetz sind nicht Kleinliche Nabelstiche, sondern sie sind die notwendige Ergänzung zu der vor einem Vierteljahrhundert begonnenen Ansiedelungspolitik.

Wenn die Regierung den Welfen und den Polen gegenüber wohlwollende Rücksichten nimmt, so kann man den Verdacht nicht loswerden, daß sie damit der Partei gefällig sein will, die sowohl die Welfen wie die Polen unter ihre schützenden Fittiche nimmt, nämlich dem Zentrum. Daß dem Zentrum Parteirücksichten oft über die nationalen Fragen gehen, wissen wir sehr wohl, aber die Regierung sollte diese nationalen Gesichtspunkte unter allen Umständen an die erste Stelle treten lassen, auch wenn dies dem Zentrum un bequem ist.

Die diesjährige preussische Thronrede enthält folgenden Passus:

„Die Erhaltung und Stärkung des Deutschen in den Landesteilen mit gemischtsprachiger Bevölkerung sind dauernd der Gegenstand besonderer Fürsorge. In einer neuen Gesetzesvorlage werden Geldmittel zur Ausdehnung der in den Provinzen Westpreußen und Polen bewährten Festigung und Entschuldung des ländlichen Grundbesitzes auf einige andere Landesteile von Ihnen erbeten werden. Weitere Maßnahmen, die vornehmlich die innere Kolonisation in erhöhtem Maße zu fördern bestimmt sind, befinden sich in Vorbereitung.“

Die Februarnummer der „Ostmark“ erklärt, daß diese Ankündigung sehr darsig sei:

Das ist sehr darsig! Gewiß ist die Absicht, die Besitzfestigung auf andere national bedrohte Gegenden auszudehnen, mit Genutung zu begrüßen, obwohl sich die Regierung auch hierzu reichlich Zeit gelassen hat. Allein zunächst bleibt abzuwarten, wie die angekündigte Gesetzesvorlage im einzelnen aussehen wird. Und sodann handelt es sich doch nur um eine Nebenmaßnahme im ostmärkischen Bodenkampfe, die gewiß an ihrer Stelle sehr wichtig ist, aber doch nie und nimmer über die schädlichen Folgen hinweghelfen kann, die die Unterlassungsünden in den beiden Hauptfragen, Enteignung und Parzellierungsverbot, anrichten. Was mit den weiteren „Maßnahmen“ zur Förderung der inneren Kolonisation, die sich in „Borbereitung“ befinden, gemeint ist, bleibt vorläufig in Dunkel gehüllt.

Man darf gespannt sein, wie die Regierung bei der Beratung der diesjährigen Ansiedelungsdenkschrift den Ausschub der Enteignung um ein weiteres Jahr angeht, der gegenwärtigen Lage der Ansiedelungskommission vor dem Landtage zu rechtfertigen gedenkt. Bezüglich des Parzellierungsgesetzes aber sei hier an die Erklärung erinnert, die der Herr Landwirtschafts-

minister am 24. Januar 1911 bei der Einberaterung abgegeben hat:

„Bezüglich des sogenannten Parzellierungsgesetzes kann ich versichern, daß ich vom Augenblick der Ueberrnahme meines Ressorts an dieser Frage meine besondere Aufmerksamkeit gewidmet habe. Es sind augenblicklich die Grundzüge eines größeren die Parzellierung und Kolonisation betreffenden Gesetzes in meinem Ministerium ausgearbeitet, die im wesentlichen auch den Zweck verfolgen, der Güterschlächtere in Zukunft die Spitze abzubrechen. Diese Grundzüge werden mit Beginn des nächsten Monats zwischen den beteiligten Ministerien einer eingehenden Beratung unterzogen werden, und ich hoffe, daß sich im nächsten Jahre auch die Vorlage dieses Gesetzesentwurfes ermöglichen wird.“

Vier Monate später, bei Beratung der Denkschrift der Ansiedelungskommission, erklärte Freiherr von Schorlemer ganz in demselben Sinne:

„Das Parzellierungsgesetz ist, wie ich in der Kommission bereits erklärt habe, zurzeit in dem Stadium der kommissarischen Beratung. Trotz der Schwierigkeiten, die sich vielleicht mehr, als hier angenommen wird, der Lösung dieser Frage entgegenstellen, hoffe ich doch, daß es möglich sein wird, dem nächst dem Landtage eine Vorlage zu machen, die geeignet ist, der aus wirtschaftlichen und nationalen Gründen unerwünschten Bodenzerpflünderung mit Erfolg entgegenzutreten.“

Diese Ankündigung fand ihren Widerhall namentlich in der Rede des Abgeordneten Freiherrn von Redlich und Reufsch, der der dringenden Hoffnung Ausdruck gab, daß sich die dadurch eröffnete Aussicht auch verwirklichen werde. Wir warten heute immer noch auf die Einbringung des Parzellierungsgesetzes, ebenso wie wir auch noch der Anwendung des Enteignungsgesetzes harren. Wo bleibt da des Kanzlers Lösungswort: „Niemals rückwärts?“

Die Marschroute.

Die parteiantliche „Confer. Corr.“ beschäftigt sich heute in längeren Ausführungen mit den mannigfachen Möglichkeiten neuer Parteigruppierungen. Sie befreit sich dabei (wir stellen das mit Befriedigung fest) gegenüber dem Nationalliberalismus einer Tonart, wie sie zwischen nationalen Parteien stets herrschen sollte und die vorteilhaft abstricht sowohl von ihrer eigenen bisherigen Sprache, als insbesondere auch von der Art der Polemik, welche „Kreuztg.“, „Deutsche Tagesztg.“ usw. auch nach der Wahl gegen die nationalliberale Partei zu richten beliebten. Aus dem Inhalt ihrer Bemerkungen interessiert uns vornehmlich die folgende Stelle, die sich über den Willen zum positiven Schaffen im neuen Reichstage verbreitet:

„Die nationalliberalen Reichstagsabgeordneten werden überreichlich Gelegenheit haben, die Frage sich vorlegen zu müssen, wie die Grenzen des „Fortstretts“ für eine Partei abzustecken sind, die nicht allein liberal sein will, sondern auch auf ihren nationalen Charakter einigen Wert legt. Es bedarf keines Seherauges, um den Herfall der liberalen Wahlgemeinschaft bei Inangriffnahme der positiven Arbeiten im Reichsparlament vorauszu sehen. Mag die nationalliberale Partei auch beim Zwang zum Schaffen mit

Sich oder wohl, heiß oder lahm.
Nicht euer unerhöplich Preisen,
Nur mein Gewissen soll mir weisen,
Ob ich mit Recht zu Ehren kam.

Hier finden wir die Verkündung der rechten Verachtung des Scheinwessens und die weise Wertung der Selbstsucht, deren Anerkennung tief im freimaurerischen Humanitätsgedanken eingebettet liegt.

Bekanntlich hat Friedrich der Große in späteren Jahren sich nicht mehr tätig wie einstmals an Zusammenkünften der Freimaurer beteiligt. Das mag teils seine Gründe gehabt haben in dem gewaltigen Druck der Arbeiten und Sorgen, die auf ihm lasteten, teils auch in einer zunehmenden Herbheit seines Charakters und der ihn im Alter umwehenden Einsamkeit. Aber niemals hat der König dem freimaurerischen Gedanken die Bedeutung abgesprochen und niemals seine lärmende Hand dem Rande entzogen. Vergessen soll dabei nicht werden, daß die Zustände im Freimaurertum gegen Ende der Regierungszeit Friedrichs Zeichen der Entartung und der Verkümmern aufwiesen, die den König abstoßen mußten. Unheilvoll brach damals in der Freimaurerei die romantische Stimmung mit ihrem krankhaften Hang zu Mystik ein, die dann als Zeitströmung genug Unheil anrichtete. Darin ist wohl der Hauptgrund zu suchen, weshalb Friedrich sich dem Vogenleben später fernhielt. Welchen Anteil er aber sonst noch daran nahm und wie ernt er darüber dachte, geht aus verschiedenen An-
schreiben des Königs hervor, von denen nur das folgende Kabinettschreiben hier erwähnt werden soll, welches vom 16. Juli 1774 datiert ist:

„Seine Majestät wird sich immer zu besonderem Vergnügen gereichen lassen, durch Ihre mächtige Protektion mitsumirken für den Zweck aller wahrer Freimaurer, nämlich, die Menschen als

Feuilleton.

Friedrich der Große als Freimaurer.

Von C. Clausen.

So wie das Bild des großen Königs in laubläufiger Prägung uns vorgestellt wird, indem er mehr oder weniger einseitig nur als gewaltiger Kriegerheld oder Staatsmann in seiner Größe, aber auch in seiner Herbheit uns erscheint, ohne daß den rein menschlichen Eigenschaften dieser vielseitigen und der größten Gegensätze bis zu kindlicher Weichheit fähigen genialen Natur Rechnung gewollt wird, erscheint es schwer verständlich, wie er dazu kam, Freimaurer zu werden und während seiner ganzen Regierungszeit seine lärmende Hand über diesen Bund zu halten.

Man muß ihn zu erfassen versuchen sowohl in den verschiedenen Phasen seiner Entwicklung, als auch in seiner Gesamterscheinung, so wie ihn Friedrich Menhard geradezu meisterhaft darstellte in seinen „Wegen nach Weimar“, und ebenso in einem Bande der Sammlung „Bücher der Weisheit und Schönheit“ unter dem Titel: „Friedrich der Große, Auswahl aus seinen Schriften“. (Weibe Werke erschienen im Verlag Greiner und Pfeifer in Stuttgart.)

Die Art der einführenden Anführung und Behandlung, die Menhard dem Preußenkönig als Gesamtpersönlichkeit entgegenbringt, ist in vieler Hinsicht lehrreicher und erheben, als dies manches vielbändige Geschichtswerk zu sein vermag. Menhard läßt uns seinem Helden tief ins Herz sehen, läßt uns menschlich aus den Zeitverhältnissen dessen Bedeutung und dessen Vorzüge, aber auch gewisse Mängel seiner Natur, wie die Verständnislosigkeit für heimliche Ränke, herleiten.

Gerade an der Hand dieser Geschichtsdarstellung versteht man, wie das leidenschaftlich für die Ideen der französischen Aufklärungsliteratur entflammte Herz des Kronprinzen sich naturgegeben dem freimaurerischen Gedanken zuwenden mußte, der sich als Pflegstätte jener Ideen barbot.

Man muß des Königs Stellung zu konfessionellen Fragen, seinen Absichten gegen Unzulässigkeit kennen, um zu begreifen, daß er eine Gesellschaft nicht überleben wollte und konnte, die jene Duldsamkeit forderte, die sich ausdrückt in dem bekannten Wort: „In meinen Staaten kann jeder auf seine Passion seelig werden.“ Hinzu kommt, daß der König nur eine sich im Handeln und in Willkürbetätigende Ethik als vornehmste Menschenpflicht anerkannte und auch hierfür in den Logen Pflegstätten erblickte. Ihn, der so scharf unterschied zwischen Eitelkeit und berechtigtem Selbstbewußtsein der großen Persönlichkeit, der die Worte sprach: „Aufwand, Repräsentation und Eitelkeit ist nichts für mich. Sie müssen mich nehmen wie ich bin“, ihn mußte eine Gemeinschaft interessieren, die prinzipiell schon in ihrem Gebrauchstum alle Eitelkeiten ankammerzen trachtet und alle Unterschiede des Standes, der Konfession, des Reichtums und des Ranges durch sinnbildlich geübte Formen auszuheben sich bemüht.

Mag das Wort, das der König einem im Schlachtgetümmel lebenden jungen Bährisch rief: „Bährisch, wenn er nicht, so Kerb' er tapfer“, hart klingen, so enthält es doch in prägnanter Form das Bekenntnis zu einem heroischen Pflichtbewußtsein!

Wie klar spricht sich Friedrich in einer der von Menhard meisterhaft überlieferten Ehen aus:

Den wahren Ruhm des großen Mannes
Trübt nur solch schand' Kriegererei.
Ob man uns Lob, ob Tadel spende,
Wir bleiben, was wir sind am Ende:

Ihren parteipolitischen Anschauungen ein beträchtliches Stück nach links rücken, so wird sie doch binnen kurzem die Erfahrung machen, daß sie dem Radikalismus einer bürgerlichen Demokratie, die unter der Fuchtel der Wahlen steht, nicht gerecht werden kann, ohne ihre Vergangenheit preiszugeben."

Diese Auslassung scheint uns deshalb besonders beachtenswert, weil sie von dem offenbaren Bemühen diktiert ist, die Dinge einigermaßen objektiv zu betrachten. Wir haben in anderen konservativen Parteiorganen bisher vergeblich nach einer ehrlichen Würdigung der Tatsache gesucht, daß die Verbindung der beiden liberalen Parteien lediglich den Charakter eines taktischen Abkommens für einen bestimmten Zweck, einer Wahlgemeinschaft trug, in deren Natur es liegt, daß sie nach der Wahl als solche von selbst zerfällt. Aber es wäre ein Streben, daraus, daß die nationalliberal-freiwirtschaftliche Wahlgemeinschaft nunmehr ihre Erledigung gefunden hat, zu schließen, es dürfe oder werde zwischen beiden Parteien infolgedessen kein Zusammengehen mehr geben. Ebenso wie es ein Fehlschlag sein würde (angeht die Sozialdemokratie so auch gegen rechts richtete), ein gemeinsames, positives Arbeiten mit den Konservativen als ausgeschlossen zu betrachten. Die „Conf. Corr.“ hat durchaus recht, wenn sie meint, die nationalliberale Partei würde „ihre Vergangenheit preisgeben“, wenn sie dem Radikalismus einer bürgerlichen Demokratie, die unter der Fuchtel der Wahlen steht, gerecht zu werden suchte. Der Nationalliberalismus ist einer solchen Richtlinie niemals gefolgt, und es ist auch ausgeschlossen, daß er sich in Zukunft derartige Tendenzen zu eigen macht. Indessen müßte sich das parteiamtliche Organ der Konservativen andererseits auch selbst sagen, daß die nationalliberale Partei auch in der gleichen Weise ihre Heberlieferungen verlegen würde, wenn sie dem Radikalismus auf der Rechten Gefolgschaft leistete, die unter der Fuchtel des extremen Agrarismus steht; einer wirtschaftspolitischen Gruppe, welche soeben erst in Hannover jener Partei wieder auf die Beine half, deren Politik die Verstäudigung Preußens ist. Der Nationalliberalismus steht dem einen Radikalismus genau so ablehnend gegenüber, wie dem andern. Seine Marschroute geht gerade aus und man sollte endlich damit aufhören, ihm fortgesetzt alle möglichen Annehmlichkeiten anzubieten. Wenn die nationalliberale Partei von dem Willen zur positiven Arbeit im nationalen und liberalen Sinne befreit ist, so ist sie doch auch überzeugt, daß sie ihren Zielen nur bei vollster Bewegungsfreiheit, bei absoluter Unabhängigkeit nach rechts wie nach links und auch nach „oben“ näher kommen kann. Sie wird auf diesem Wege von Fall zu Fall mit jeder Partei zusammenarbeiten, deren Auffassungen in der betreffenden Materie mit ihren eigenen in Einklang stehen, sich aber kein zu eigen geben, wie übrigens auch aus ihrem bisherigen Verhalten hinsichtlich zu erkennen war.

Graf Oppersdorf, M. d. R.

Der Ausgang der Wahl in Frankfurt-Ossa ist insofern interessant, als der Sieger, Graf Oppersdorf, alle Parteien, sogar seine eigene, gegen sich hatte. Die nationalen Parteien bestanden sich sämtlich auf den Kompromißkandidaten Voehning genötigt, der, weil er der Fortschrittspartei angehört, auch auf die Unterstützung der Sozialdemokratie rechnen konnte. Der Wahlverein der deutschen Katholiken der Ostmark trat ebenfalls gegen Oppersdorf auf. Die Leitung der Zentrumsfaktion ließ durch zwei Telegramme des Herrn von Hertling wissen, daß die Wahl Oppersdorfs im Interesse der Einheit der Partei „nicht erwünscht“ sei. Ebenso gab die leitende Zentrumspresse, allen voran die Schlesische Volkszeitung, deutlich zu verstehen, daß ihr die Wahl des Fortschrittlers lieber sei als die des Zentrumsmannes Berliner Richtung. Die Polen konnten sich nicht dazu verstehen, den ihnen sonst sympatischen Grafen Oppersdorf schon im ersten Wahlgang zu unterstützen, sondern stellten ihm einen eigenen Kandidaten gegenüber. Von Bonn aus brachte Oppersdorf ebenfalls eine schlechte Nachricht mit: denn die Vertrauensmänner seines bisherigen Wahlkreises Glatz-Habelschwerdt hatten ihn mit großer Stimmenmehrheit abgelehnt. Daß Oppersdorf demnach siegte, verdankte er zwei Umständen. Er hat es einmal verstanden, bei der Stichwahl sämtliche Polenstimmen zu sich herüberanziehen. Ueber die Art seiner Agitation bei den Wahlen berichtet das Posener Tageblatt: „Er selbst erschien schon vor Wochen in diesem Wahlkreise mit seiner Gattin, einer Prinzessin Radziwill, die ihn in der Agitation noch Rühmlichkeit unterstützte. Was das bei dem Respekt, den jedes polnische Herz bei dem Namen Radziwill erfaßt, bedeutet, braucht keinem Kenner ostmärkischer Verhältnisse näher auseinandergesetzt zu werden. Graf Oppersdorf blieb unangefochten im Wahlkreise und bearbeitete ihn nun in beispiel-

loser Weise. Geld, Automobile und sonstige Hilfsmittel wurden dabei in einer Weise in Bewegung gesetzt, als spielten die Kosten überhaupt keine Rolle. ... Er hat sich in den deutschen Dörfern des Wahlkreises als ferndeutscher Mann und in den polnischen Dörfern mit polnischen Wahlzetteln und entsprechenden Versprechungen eingeführt. Er hat mit heißer Liebe um die Stimmen der Polen gekämpft. Er hat es verstanden, die Massen so zu faszinieren, daß, wäre hier der Religionskrieg ausgebrochen, wir uns nicht darüber gewundert hätten."

Sein Sieg wäre aber trotzdem nicht möglich gewesen, wenn nicht die deutschen Zentrumswähler des Wahlkreises offen gegen die Parteileitung revoltiert hätten. Aus dem scharfen Protest, den die Vertrauensmänner Frankfurt und Lissa am 17. Januar gegen Hertlings Einmischung erlassen haben, seien folgende Sätze wiedergegeben:

„Die Kandidatur des Grafen Oppersdorf ist in einer von 42 Herren besetzten Sitzung des Zentrum-Wahlkomitees für den Reichstagswahlkreis Frankfurt-Lissa aufgestellt und in einer von über 500 Zentrumswählern besuchten öffentlichen Versammlung in Frankfurt ohne Widerspruch bestätigt worden. Die Kandidatur Oppersdorfs besteht somit zu Recht. Wegen sie auftreten heißt der Parteidisziplin nicht dienen. Unter Berufung auf die Statuten und Gesetzentwürfe der Zentrumspartei des Deutschen Reichstages, auf die Statuten sämtlicher Provinzial-Organisationen und insbesondere unter Berufung auf § 1 der Satzungen des Landesauschusses der preussischen Zentrumspartei beantragten auch die Zentrumswähler des Reichstags-Wahlkreises Frankfurt-Lissa ihre volle Selbständigkeit und weisen deshalb jede Einmischung außenstehender Kreise und Personen auf das nachdrücklichste zurück. Ganz besonders bedauern die Vertrauensmänner-Versammlungen, als die allein legitimen politischen Instanzen der Zentrumspartei der Kreise Frankfurt und Lissa, den Telegrammwechsel zwischen Excellenz Freiherrn von Hertling und dem Seminarlehrer Dr. Thunert. Die Beantwortung dieses Telegramms durch Herrn v. Hertling erregte hier unliebsames Aufsehen.“

Die Aufstellung des Grafen Oppersdorfs gegen den Willen der Parteileitung war nur dadurch möglich, daß sich in diesem Wahlkreise die Anhänger der ultrakonservativen, sogenannten Berlin-Trierer Richtung in der Überzahl befinden. Die weit diese Richtung im Zentrum vertreten ist, zeigt auch die Tatsache, daß der offiziell in Glatz zurückgewiesene Oppersdorf außer Frankfurt auch in einem Berliner Wahlkreise offiziell als Wahlkandidat aufgestellt worden ist. Trotzdem zählen ihn die Kolnische und die Schlesische Volkszeitung nicht unter den Zentrumsgewählten auf, sondern unter den Wilden, während die Germania ihn ohne weiteres zum Zentrum rechnet. Graf Oppersdorf selbst wird den Anspruch erheben, voll und ganz als Zentrumsgewählter zu gelten und die Fraktion wird nicht anders können, als den verstoßenen Sohn wieder in Gnaden aufzunehmen. Daß er innerhalb der Partei mit der Agitation für seine Ideen fortfahren wird, läßt die von ihm neu herausgegebene und von der Kolner Richtung schon heftig bekämpfte Zeitschrift „Macht und Wahrheit“ vermuten. Die auf Seiten Oppersdorfs stehende Kolner Korrespondenz schreibt hochhaft: „Oppersdorf kann ja auf dem erledigten Stuhle Trimborns Platz nehmen.“ Es ist nicht wahrscheinlich, daß das Kolner Zentrum an diesem Lausche große Freude haben wird.

Politische Uebersicht.

Mannheim, 2. Februar 1912.

Deutsch-türkische Handelspolitik.

Eine der ersten handelspolitischen Vorlagen, mit denen sich der neue Reichstag zu beschäftigen haben wird, dürfte das Abkommen zwischen Deutschland und der Türkei über die Verlängerung der Geltungsdauer des Handelsvertrages vom 26. August 1890 und der Zusatzvereinbarung vom 26. April 1907 bis zum 26. Juni 1914 sein. Da der Vertrag mit dem 12. März d. J. außer Kraft getreten wäre, hat sich für beide Länder die Notwendigkeit ergeben, mit einander wegen Gestattung der Handelsbeziehungen nach diesem Lage in Verbindung zu treten. Die einfachste Lösung war die Verlängerung der Abkommen, womit die Weitergeltung der Weißbegünstigungsklausel und der 1907 seitens der Türkei zugesicherten Erleichterungen bei der Zollabfertigung gesichert ist.

Aus welchen Gründen die Türkei sich nur auf wenig mehr als zwei Jahre an den bestehenden Rechtszustand gebunden hat, war zunächst nicht recht einzusehen. Die Meldung aus Konstantinopel, daß ein neuer türkischer Zolltarif auf Grund spezifischer Zollsätze im Entwurf fertiggestellt sei und dem Parlament in allerhöchster Zeit zur Genehmigung vorgelegt werden solle, bringt nun aber Licht in die Sache. Der dem deutsch-

türkischen Handelsvertrage beigefügte türkische Zolltarif ist von der Anwendung ausgeschlossen worden, ehe der Vertrag in Kraft trat, und es gilt daher noch in einem älteren Handelsvertrage vom 20. März 1862 vereinbarte allgemeine Wertzoll, der durch die Zusatzvereinbarung des Jahres 1907 von 8 auf 11 v. H. erhöht worden ist. Die Türkei ist daher nicht in der Lage, so lange der deutsch-türkische Vertrag gilt, einen Tarif mit höheren spezifischen Zöllen Deutschland gegenüber in Kraft zu setzen. Da die Türkei einerseits bei der Kürze der Zeit nicht auf das Zustandekommen eines neuen Handelsvertrages unter Zugrundelegung des spezifischen Zolltarifs noch vor dem 12. März d. J. rechnen konnte, sich aber andererseits nicht auf längere Zeit die Hände binden wollte, ist wohl eine Verlängerung der Geltungsdauer der bestehenden Abkommen auf die Zeit bis zum 26. Juni 1914 gewählt worden. Deutschland dürfte daher in nicht allzu langer Zeit auch in regelrechte Handelsvertragsverhandlungen mit der Türkei einzutreten haben, bei denen sie befreit sein müßte, möglichst Milderungen gegenüber dem neuen Zolltarife, der sehr schutzollnerisch gestaltet sein wird, zu erzielen. An einem befriedigenden Ausgang der Verhandlungen ist bei den guten Beziehungen zwischen Berlin und der Pforte allerdings kaum zu zweifeln.

Eine Ungerechtigkeit gegen die älteren Beamtenwitwen.

Wir erhalten folgende beachtenswerte Zuschrift: In den Zeitungen wurde dieser Tage die Aufhebung des Beamtenwitwenfonds mitgeteilt. Bei diesem Anlaß sei folgendes betont: In der vorletzten Landtagsperiode, in der die Gehaltszulage der Beamten bewilligt wurde, sind alle beachtet worden, nur die Witwen wurden bei Seite gelassen und als Steifkinder behandelt. Es war eine große Ungerechtigkeit. Beide hohen Kammern der Landstände haben zwar dafür gesprochen, daß auch diese Witwen beachtet werden sollten. Das Finanzministerium aber soll es eigenmächtig getrieben haben. Es ist schwer zu verstehen, daß solche Wünsche beider Kammern nur so ohne Widerspruch ignoriert werden dürfen. Und doch wie edel und gerecht wäre es gehandelt gewesen, hätte man die Witwen gleich den Andern behandelt. Ist doch für sie das Leben ebenso teuer geworden wie für Andere. Sie brauchen tägliche Nahrung, Kleidung und was die Wohnung anbelangt, kann man ihnen nur schwer zumuten, sich in jenen Kreisen einzufinden, in die hinunterzusinken ihnen bei Lebzeiten ihres Mannes, angeht seiner Stellung, selbst vom Staat verübelt worden wäre. In der unzulänglichen Pension noch etwas verdienen können manche oder die meisten ihres Alters wegen nicht, wenn sie es auch noch so gerne möchten. Was aber die Ungerechtigkeit noch vergrößert, ist der Umstand, daß gerade die älteren Witwen bis zum Jahre 1893 zu den 19,9 Millionen des Beamtenwitwenfonds beigetragen haben und in den ersten Jahren ihrer Ehe bei einem kleinen Gehalt den vierteljährlichen Abzug der Witwenkasse oft recht schwer empfinden haben. Die jetzigen Witwen, bei ihrer beträchtlichen Pension, haben nichts mehr zu bezahlen. Und doch haben die älteren Witwen oft 4-5 Jahrzehnte das Leben in allen Wechseln mit ihrem Mann geteilt, haben dem Staat Kinder, Söhne erzogen zur Liebe für Heimat und Vaterland. Mit rücksichtsloser Strenge verlangt der Staat was ihm zukommt, selbst das Blut der Söhne, wenn er es braucht, aber auch er sollte seiner Pflicht eingedenk sein und keinen Unterschied machen. Und was ist es Großes, was man den Witwen zu leisten hätte? Die jüngeren derselben können dem Staat noch durch einen zweiten Mann abgenommen werden und die älteren bestimmen sich von Jahr zu Jahr, so daß man statistisch nachrechnen könnte, wann mit der Zeit auch diese „Last“ vom Staat abfallen würde. Allerdings war ja gestattet, um „Rabatte“ einzufommen“. Das müßte aber auf einem Normalerwerb beruhen, daß jede Frau empfindlich verleben müßte, und zudem müßte sie schon direkt vor dem Tode stehen, wenn sie etwas erhalten sollte. Muß denn die Frau eines Staatsbeamten zittern vor einem Schicksal, das ihr ein langes Leben bestimmt hat?

Fanzosische und Pfläzische Politik. Was ist die Wahrheit?

V Aus der Pfläz, 1. Febr. Unter der Spitzmarke „Was ist die Wahrheit“ bespricht der bündlerische Pfläz „Parier“ die in einer in Konstanz stattgehabten liberalen Versammlung von dem bisherigen liberalen Vizepräsidenten der Zweiten Kammer des bayerischen Landtages, Kontorik Dr. Hammerstein aufgestellte Behauptung, daß von den pfläzischen Bündlern nach einer Neupetition von Angehörigen des Bundes des Bündnis mit dem Zentrum für die Landtagswahlen nur

Wendensburgerin, ist eines nervösen Leidens wegen nach Währ. Deutscher am 1. Februar pensioniert worden, ohne sich vom Publikum verabschieden zu können. Sie hat infolge verschiedener Krankheiten vor einiger Zeit bei einer Probe einen Lohndienst anfall erlitten und ist jetzt in Regensburg bei Verwandten. Die Geschichte Künstlerin war in der Glangzeit der Karlsruher Hofoper unter Meißel eine erste Kraft und eine Stütze des Repertoires. Zum Ableben Hermann Bangs.

Aus Kopenhagen wird gemeldet: Hermann Bangs Leiche wird aus Kopenhagen, wo er gestorben ist, nach Europa übergeführt werden, um in Kopenhagen beigesetzt zu werden. Bang war gerade auf dem Wege nach San Francisco, wo er vor seinen dort anässigen Landsleuten einige Vorträge halten wollte, um sich dann nach Japan einzuschiffen.

Dann wird weiter aus Kopenhagen gemeldet: Vor einigen Jahren hatte Bang seinem Freunde Christ. Dahl, Redakteur des „Politiken“, einen Brief geschrieben, der erst nach seinem Tode geöffnet werden sollte. Die sich jetzt herausstellt, wünscht Bang auf der Herrschaft Bangs, wo er die glücklichsten Stunden verlebte, beigesetzt zu werden. Er verbitet sich jedes christliche Begräbnis, verlangt, daß weder eine Photographie, noch eine Zeichnung, noch eine Totenmaske abgenommen werde. Auch soll auf seinem Grabe kein Weidenkranz errichtet werden. Aus der Musikwelt.

Siegfried Wagner ist dieser Tage von seiner italienischen Konzertreise zurückgekehrt. In Rom, wo Siegfried Wagner, wie schon früher berichtet, ein Konzert im Augusteum leitete, wurde er lebhaft gefeiert und der rühmende Beifall der Hörerschaft sang kräftig nach in den angehenden, warmen Besprechungen der Blätter. Die „Tribuna“ berichtet zunächst über den glänzenden Empfang, der beim Erscheinen schon Siegfried Wagner gewidmet wurde, ein Empfang, der zunächst eine Anrede der Achtung, der hohen Verehrung und Dankbarkeit für den Genius Richard Wagners war. Dann aber würdigte der Kritiker auch Siegfried Wagners eigene Tondichtungen,

Die Freimaurer wollen von Umstand, daß auch die große König Freimaurer war, nicht als Außenseiter und als Außenseiter an sich benutzen, wenigstens nicht mehr als sich jede Gemeinschaft gern der bedeutenden Männer erinnert, die einst ihr angehörten. Pflicht oder und insbesondere in diesem Fall der Freimaurer wird es sein, mit Ernst die Anschauungen solcher großen Persönlichkeiten zu benutzen, um den Ideen derselben befruchtende und bahnbrechende Anregungen zu entnehmen!

Kunst, Wissenschaft und Leben.

Theater-Notiz.

Sonntag den 4. d. M. geht, wie wiederholt mitgeteilt wurde, Buccinis Oper „Lolke“ zum ersten Male in Szene. In den Hauptrollen sind beschäftigt: Bild Hejren-Waag und die Herren Vogelstrom, Wabbling, Helzig, Marx, Woffin und Rierahly. Regie: Eugen Gebrath. Musikalische Leitung: Felix Lederer. Sämtliche Einrichtung: Oskar Kuer.

Von der Heidelberger Akademie.

Aus Karlsruhe wird berichtet: Der Großherzog hat dem Privatdozenten in der medizinischen Fakultät der Universität Heidelberg Dr. Karl Wilmanns den Titel eines außerordentlichen Professors verliehen.

Dochschulausrichtungen.

Aus Freiburg wird gemeldet: Wie berichtet, hat der Privatdozent für Rechtsph. und Rechtsanwaltschaften aus der Universität Wien, Dr. O. Kahler, den an ihn ergangenen Ruf auf den Lehrstuhl für Röm.- und Vorgeschichte in Freiburg i. Br. als Nachfolger Prof. Willmanns angenommen.

Von der Karlsruher Hofoper.

Aus Karlsruhe wird gemeldet: Die Altistin der Karlsruher Hofoper Kammerlängerin Christine Friedlein, eine

Glieder der Gesellschaft höher zu bilden, sie inwendiger und wohlthätiger zu machen.“
Und im Jahre 1777 schrieb der König:
„Eine Gesellschaft, welche nur dahin trachtet, in meinen Schulen alle Tugenden wecken und Frucht bringen zu lassen, kann immer auf meinen Schutz zählen. Dies ist die rühmliche Pflicht eines jeden guten Fürsten und ich werde nie aufhören, sie zu erfüllen.“

Gegenüber solchen Ausführungen dürften einzelne Worte des Unwissens und des Mißverständnisses, die noch dazu herbeigehört waren, nicht allzu schwer ins Gewicht fallen!

In den beiden oben genannten Werken Dienharths finden sich rühmliche Stellen, die an sich behermend und für des Königs Lebensauffassung charakteristisch, die Freimaurer veranlassen können, dem Inhalt derselben nachzudenken und ihre heutigen Bestrebungen an den Ansichten des großen Königs zu reorientieren und zu orientieren.

So schreibt der König in seiner Instruktion an den Major von B., als dem Prinzenregenten des späteren Königs Friedrich Wilhelm II.:

„Behandeln Sie meinen Keffen wie einen Privatmann, der sein Glück machen will. Sagen Sie ihm, daß, wenn er Fehler begeht oder nicht lernt, jedermann ihn verachten werde. Er sei köhlich gegen jedermann, und wenn er jemandem eine Wohlthat tut, so soll dieser sie ihm auf der Stelle zurück geben. Er lerne, daß alle Menschen gleich sind, und die Geburt, wenn sie nicht durch Verdienste unterstüzt wird, nur eine Chimäre ist.“

In einer Instruktion für den jungen Herzog Karl Eugen von Württemberg sieht folgender Satz:

„Hüten Sie sich vor dem Fanatismus in der Religion. Wenn Sterbliche dem Nächsten gefallen können, so ist es durch Wohlthaten, die sie den Menschen erweisen, nicht durch Gewaltthatigkeiten. Durch Duldung werden Sie angebetet, durch Verfolgung verabscheut werden.“

mit Hinblick auf die Reichstagswahlen abgeschlossen sei, indem dem Bund der Landwirte von dem Zentrum für diese Wahlen bereits soviel Zugeständnisse gemacht worden seien, daß man nicht daran denken könne, sich für die Landtagswahl an die Seite der Liberalen zu stellen. Diese Auffassung wird von dem bündlerischen Blatt auf Grund von Mitteilungen, die ihm von maßgebender bündlerischer Seite zugehen, als den Tatsachen nicht entsprechend bezeichnet, wobei es bemerkt, daß es nie etwas anderes gehört habe, als daß der „Bund der Landwirte“ aus monarchischen und christlichen Grundfäden heraus, davon Abstand genommen habe, mit der Sozialdemokratie gemeinschaftliche Sache zu machen. — In der Darstellung des bündlerischen Blattes und der ihm von „maßgebender bündlerischer Seite“ zugegangenen Mitteilung ist nur der Versuch zu erblicken, die Blamage, die der „Bund“ sich bei den Reichstagswahlen in der Pfalz durch sein Zusammengehen mit dem Zentrum zugezogen hat, nicht noch dadurch zu vergrößern, daß er zugibt, das Landtagswahlbündnis mit dem Zentrum bereits bei dem Uebereinkommen mit diesem über die Reichstagswahlen zugefugt zu haben und daß diese Zusage vom „Bund“ im Hinblick auf die Früchte erteilt wurde, die ihm nach beiderseitiger Annahme bei den Reichstagswahlen infolge des Zusammengehens beizubringen sein würden. Wie verlockend diese Früchte für die Bändler gewesen sind, hat eine Rede erkennen lassen, die unlängst der liberale Kandidat im Landtagswahlkreise Frankenthal-Dürkheim in Frankenthal gehalten hat. In dieser Rede führte jener aus, daß der bisherige bündlerische Abgeordnete Dr. Lehmann in Freinsheim für das Landtagswahlbündnis des Bundes mit dem Zentrum das Abkommen mit diesem für die Reichstagswahlen geltend gemacht habe, bei welchem sowohl dem „Bund“ als auch dem Zentrum von den sechs pfälzischen Reichstagsmandaten je drei zugebracht worden seien. Durch die Angaben des liberalen Frankenthaler Redners finden die als unrichtig bezeichneten Ausführungen des bisherigen Abgeordneten Dr. Hammerich nicht volle Bekätigung.

Aus Stadt und Land.

Mannheim, 2. Februar 1912.

* Genannt wurden für die Zeit bis zum 31. Dezember 1913 der Ministerialdirektor beim Ministerium des Innern Geh. Rat Dr. Karl Glöckner zum Vorsitzenden des Disziplinarausschusses für nichtrichtliche Beamte, der Direktor des Wasser- und Straßenbauwesens Geh. Rat Dr. Karl Krenn zum Mitglied und der Direktor des Verwaltungshofes Geh. Rat Hermann Rebe zum stellvertretenden Mitglied dieses Gerichtshofes.

* In den endgültigen Rubelstand versetzt wurde der einstweilige Rubelstand des hiesigen Buchhändlers Julius Glöckler in Breisach unter Verleihung des Titels Oberfinanzsekretär.

* Aus dem Staatsdienst entlassen wurde der etatsmäßige Aktuar Hugo Niedergall beim Schiedsgericht für Arbeiterversicherung in Freiburg.

* Jungdeutsches Land Baden. In den weitesten Kreisen des deutschen Volkes hat sich die Erkenntnis Bahn gebrochen, daß eine erhebliche Fülle für die schulentlassene Jugend in unserer Zeit zur unabweisbaren Notwendigkeit geworden ist. Allüberall in deutschen Landen ist man an Werke, Organisationen zu schaffen für die Weiterbildung der Jugend in körperlicher, geistiger und sittlicher Hinsicht. In der Absicht, für das Großherzogtum Baden eine solche Organisation ins Leben zu rufen, hatte sich in Karlsruhe ein vorbereitendes Komitee gebildet, an dessen Spitze Prinz Max von Baden steht und dem als weitere Mitglieder Rechtsanwalt Dr. Ding, Geh. Rat Dr. Engler, Generalleutnant v. D. Jäger, Stadtschulrat A. D. Dostrat, Secht und Galeriedirektor Professor Dr. Hans Thoma angehören. Am Mittwoch fand im großen Rathhause die konstituierende Versammlung statt, in der die vom vorbereitenden Komitee entworfenen Satzungen für einen „Jungdeutsches Land Baden“ sowie ein zu ersetzender Aufruf festgestellt wurden. Die Veröffentlichung der Satzungen und des Aufrufs wird in den nächsten Tagen erfolgen.

* Bezirksrat. Die Tagesordnung der Bezirksratssitzung am 1. Februar wurde wie folgt erledigt: Genehmigt wurden folgende Besuche: Um Genehmigung zum Betrieb einer Schankwirtschaft ohne Branntweinbesitz, Ed. Arnold, Sontardplatz 10, des Georg Wendheimer, Große Marktstraße 59, des Max Pfeiffer, Reppelstraße 32, der Emma Krenn, N. 2, 2, des Gottfried Wasth, um Genehmigung zur Verlegung seiner Schankwirtschaft ohne Branntweinbesitz von N. 3, 12 nach Redarnerstraße 42, der Anna Marie Haas und des Georg Gehrig um Genehmigung zum Ausschank alkoholfreier Getränke im Hause Reppelstraße 11 bzw. O. 3, 24, des Rudolf Müller in Ladenburg um Genehmigung zum Betrieb der Schankwirtschaft „zum Adler“, Neue Gasse 31, des Jakob Sage in Mannheim zum Be-

trieb einer Stellvertretermehrwahl für Schiffspersonal, der Max Schmitz in Schriesheim um Erlaubnis zum Betrieb einer Privatentbindungskasse, der Stadtgemeinde Mannheim um wasserpolizeiliche Genehmigung zur Verlegung und Verbreiterung des Dachwasserlaufes am Rhein zwischen Emil Seckelstraße und einem Feldweg, des Johann Dreher in Waldhof um Genehmigung zum Betrieb einer Gastwirtschaft, Sangestraße 5. Der Abhörbescheid der Stadtrechnung Ladenburg für 1910 mit den Anfangsrechnungen über die Gewerbe- und Handelsschule und den Schulfrondsand. — Abgelehnt wurden die Besuche des Martin Waffer, Althornstraße 6 um Genehmigung zum Betrieb einer Schankwirtschaft ohne Branntweinbesitz und des Georg Peter Münch um Genehmigung zur Verlegung seiner Schankwirtschaft mit Branntwein von Kästlerstraße 108 nach Dammstraße 2. — Vertagt wurde die Angelegenheit betreffend den Wirtschaftsbetrieb des Otto Voss, Friedrichsplatz 12. — Abgelehnt wurden die Besuche des Friedrich Bayer II. Samunternehmer in Sandhofen, um Genehmigung zum Betrieb einer Gastwirtschaft, Ede Eisenbahn- und wörl. Kolonienstraße, des Besuch des Friedrich Martin, J. 7, 31, um Erteilung eines Wandergewerbebescheides B. — Unterlag wurde dem Rechts- und Vermittlungsagenten Leonh. Wagner der Gewerbebetrieb. — Abgewiesen wurde die Klage des Ortsarmenverbandes Waldhof gegen den Ortsarmenverband Mannheim wegen Erstattung von Verpflegungskosten für R. B. Sp. von Mannheim.

* Handelslehre. Herr Dr. Geiler wird am nächsten Montag den 5. und Mittwoch den 7. Februar mittags 12-1 Uhr über „Wechsel- und Scheckrecht“ lesen.

* Nationalliberale Bezirksvereine. Die Versammlung der Vereine Oberstadt I und Westliche Planken wurde von Herrn Fr. Horn geleitet und mit einem Rückblick auf das vergangene, politisch so bewegte Jahr eingeleitet. Es schloß sich hieran eine überaus angeregte Debatte sowohl über die politische Gesamtlage, als auch über städtische und Steuerfragen. Die darauf stattgefundene Vorstandswahl ergab für beide Bezirke die Wiederwahl der bisherigen bewährten Vorstände. Das Vertrauensmännerforum wurde ergänzt und Maßnahmen zu reger Agitation ins Auge gefaßt. Mit Dankworten schloß Herr Horn sodann die Versammlung. — Der Bezirk Nordstadt I hält seine Versammlung Samstag abend 7½ Uhr im „Colosseum“ ab, Nordstadt II nächsten Dienstag in demselben Lokale.

* Falsches Gerücht. In Schwellingen war heute das sensationelle Gerücht verbreitet, der hiesige Gendarmeriewachmeister Hundschu sei gestern im Kästler Wald von elf Italienern angefallen, vom Pferde gerissen und erstochen worden. Auch das Pferd sei durch Messerhiebe getötet worden. An der ganzen Sache ist nach unseren Erkundigungen kein wahres Wort. Herr Hundschu ist wohl und munter und hat heute wie alle Tage seinen Dienst versehen. Hauptsächlich ist dem Beamten nach dem bekannten Sprichwort noch ein recht langes Leben beschieden.

* Der stärkste Schneefall in diesem so schneearmen und linden Winter hat heute Mittag eingelegt. Windig klein, aber dafür desto dichter rieselten während des ganzen Nachmittags die Blöckchen hernieder. So anhaltend hat es schon lange nicht mehr geschneit. Man fühlte sich förmlich in den Korben der Zeit. In den Straßen blieb der Schnee leider nicht liegen. Aber die Häuser hatten bald wieder weiße Dächer auf. Nun kann auch in unserer nächsten Umgebung der Robelbetrieb einsehen. In Heidelberg herrschte schon gestern reges Sportleben. Die allgemeine Robelbahn Leopoldstein-Blockhaus wurde wenig befahren, weil der Schnee zu trocken war. Destomehr Leute strömten zu der neuen, vom Robelluis angelegten Bahn. Diese war durch die emsige Tätigkeit zahlreicher Arbeiter durch Begießen mit Wasser allmählich in einen so guten Zustand versetzt worden, daß die Tageskarten vollständig verkauft wurden. Auch diese Nacht hat der Robelluis durch 8 Arbeiter und durch Zuführen von Wasser in Tonnen fleißig arbeiten lassen. Um 8 Uhr morgens wurden auf dem Königsstuhl 6 Grad Kälte vom Thermometer abgelesen. Als wir heute nachmittag um 4 Uhr anfragten, wurde uns die Auskunft erteilt, daß die Temperatur 3 Grad Kälte betrage. Auch in Heidelberg schneite es seit Mittag anhaltend. Die Schneehöhe betrug deshalb schon um 4 Uhr etwa 20 Ztm. Auf den Robelbahnen herrschte harter Verkehr. Die Bergbahn fuhr unaufhörlich hinauf und hinunter, um die Robler und Zuschauer zu beidern.

Vereins-Nachrichten.

* Der Verein für Vollbildung hat sich infolge besonderer Umstände genötigt, den im Arbeitskalender vorgesehenen Demonstrationszyklus über Elektrizität ausfallen zu lassen. Es ist aber gelungen, an denselben Tagen den hier bestellenden Herrn Professor Dr. Kühn-Brandt einen Zulauf über „Friedrich den Großen“ halten zu lassen. Wer vor 2 Jahren denselben Herrn über Napoleon I. sprechen hörte, wird

gebräuchlichsten Heilmittel waren Olivenöl, Rizinusöl, Strup aus Teufeln, Honig und Salz. Vielesch verwendete man Kaffagen, gegen Entzündungen der Galle wurden so Einreibungen mit Zwiebeln als probates Mittel empfohlen.

Ein neues Drama von Galsworthy.

Im Londoner Royaltheater hat jetzt das neue Bühnenwerk John Galsworthy's, eines der führenden englischen Romanbildner und Dramatiker, seine Uraufführung gefunden; er selbst nennt das Werk, das den Titel „Die Pigeon“ führt, eine „Phantase“, aber man könnte die bei aller traurigen Wohlbedachtigkeit humorvolle Dichtung auch eine soziale Komödie nennen, denn in dem Stücke soll gezeigt werden, wie alle Wohlthätigkeit und alle Wohlthätigkeitsinstitutionen im Grunde nutzlos sind, wie der Mensch, wie die Persönlichkeit ewig von seinem Charakter abhängig bleibt und darin stärker ist als alle sozialen und philantropischen Systeme. Im Mittelpunkt der Handlung steht ein hochgebildeter, aber sehr unglücklicher Mann, der keinem Weibchen ein Bein entgegenstellen kann; er gibt bereitwillig sein letztes Geldstück hin und wenn seine Taschen leer sind, laßt er die Witwen bei sich zu wohnen. Natürlich wird er von allen Seiten ausgefaßt und gerupft, dem betrunkenen Antiker folgt irgendein in der Welt herumgahender französischer Zuchtling und diesem eine etwas leichtfertige Blumenverkäuferin, aber das gute Herz des armen Mannes wird durch seine Erfahrungen lang, ebenmäßig wie die Welt durch seine Gaben besser werden. Vergesslich sucht die Tochter dieses ansehnlichen Ritzbildigen, den Vater zu befehlen und vor dem eigenen Ruin zu retten, sie ruft einen Parier, einen berühmten Sozialologen, und es kommt zu einer feinen und geistreichen Auseinandersetzung, über dem weisheitsreichen Weltmann ist nicht zu helfen, er ist nun einmal von der Natur angeschlossen dazu geschaffen, von anderen gerupft zu werden. Und als der betrunkenen Antiker oder die anderen wiederkommen, gerührt er von neuem seinem Herzen und öffnet Tür, Fenster und Seele, ohne damit wirklich Nutzen zu stiften. Denn wie er seiner eigenen

sich jetzt schon auf die genährten Stunden freuen. Der erste Vortrag beginnt nächsten Mittwoch, abends 8.30 Uhr, im alten Rathhaus, Eintritt frei. Programme am Saaleingang umsonst. * Der namhafte Verein weiblicher Angestellter veranstaltet kommenden Sonntag, 4. Februar, im alten Rathhause (am Marktplatz), 3 Uhr nachmittags, eine Eltern-Versammlung, in der Frau Dr. Klmann-Gottliebner, die bekannte Sozialpolitikerin, Herr Prof. A. F. Rechner und Fräulein S. Klotzschild sprechen werden. Eltern, die ihre Töchter dem kaufmännischen Berufe zuführen wollen, sollten nicht versäumen, die Versammlung zu besuchen. Aber auch für Lehrer, Firmeninhaber und kaufmännische Angestellte dürften die Ausführungen der Vortragenden manches Anregende und Wissenswertes bringen.

Neues aus Ludwigshafen.

* Die Beratung des Voranschlags begann in der heutigen Stadtratssitzung, der dritten in dieser Woche. Der Voranschlag schließt ab in Einnahmen und Ausgaben mit 3 528 418.67 Mark (im Vorjahre 3 200 067.72 M.). Der Etat ist also um über 300 000 Mark höher als im Vorjahre. Durch Gemeindeumlagen sind zu beden 2 698 483.38 M., hierzu kommen noch für außerordentlichen Bedarf 404 340.80 M., zusammen 3 102 807.18 M. Die Städtische Gleichstellungsumlage beträgt somit 2 940 807.18 M. Unter den Ausgaben befinden sich für Erziehung und Bildung 1 178 196.94 M., denen 138 040.84 M. Einnahmen gegenüberstehen. Die Volksschule befindet sich darunter mit 1 087 770.94 M. Der Verwaltungsbienst erfordert einen Aufwand von 288 018 M., die gemeinliche Polizeiverwaltung 259 542.50 M., das Bauwesen 140 423.50 M., Verkehrswege, Straßen und öffentliche Anlagen und Plätze 209 835.— M., Sicherheit der Personen und des Eigentums 170 202.50 M., Gesundheit und Wohlfahrt 268 443.50 M., Wohltätigkeit 215 100.— M., öffentliche Ausgaben und Lotterien 197 000.— M., Schulden 434 444.32 M. In Einnahmen figurieren gemeinliche Einnahmen und Unternehmungen mit 495 670 Mark. Für außerordentlichen Ausgaben an Betriebsmitteln sind vorgezogen 120 000.— M., für außerordentliche Aufwendungen für Verkehrswege, Straßen, öffentliche Anlagen und Plätze 176 120 M. Die Erträge der städtischen Werke sind folgendermaßen eingestellt: Gaswerk 125 637 M., Elektrizitätswerk 120 000 Mark, Wasserwerk 125 000 M. Die Straßenbahn und der Schlachthof haben noch keinen Ueberschuß aufzuweisen. Die Beratungen des Voranschlags dürfen sich über zwei Tage erstrecken.

Kommunalpolitisches.

* Wieblingen, 31. Jan. Heute Nachmittag fand Bürgerausschussung wegen der Genehmigung des Voranschlags statt. Nach dreistündiger Beratung wurde derselbe einstimmig genehmigt. Der Umlagefuß ist auf 51 Pf. festgesetzt.

* Heidelberg, 31. Jan. Seitens einiger Mitglieder des Bürgerausschusses wurde, was in den anderen badischen Städten bis jetzt noch nicht geschehen ist, angeregt, der Stadtrat solle beim Bürgerausschuß die Aufhebung des kommunalen Zuschlags zur staatlichen Verkehrssteuer beantragen. Da der Stadtgemeinde durch eine solche Maßnahme ein Ausfall von jährlich etwa M. 35 000.— entgehen würde, auf welche Summe bei der derzeitigen allgemeinen Finanzlage der Stadt um so weniger verzichtet werden kann, als sich die Erträge der Wertwachsteuer, insofern sie der Stadtgemeinde zufallen und auf die als eventuelles Deduzierungsmittel hingewiesen war, auf einige Zeit hinaus noch nicht mit genügender Sicherheit überblicken lassen, kann der Anregung demalen eine weitere Folge nicht gegeben werden.

* Pfalzstadt, 31. Jan. In der gestrigen Sitzung des Bürgerausschusses wurde durch Ortsstatut die Bildung einer Schulkommission beschlossen. In die Kommission sollen 4 Frauen gewählt werden.

* Konstanz, 31. Jan. Dem Bürgerausschuß ging eine Vorlage zu betr. Einführung des 3-Uhr-Ladenschlusses an den Sonntagen, ferner eine Vorlage für Erweiterung des städtischen Seebadanstalten.

Aus dem Großherzogtum.

* Ostersheim, 1. Febr. Am 2. Februar begehen die Eheleute Landwirt Peter Rauff hier in voller Mäßigkeit das Fest der goldenen Hochzeit.

* Karlsruhe, 2. Febr. Am Mittwoch nachmittag ist in einer Brauerei in der Ringstraße ein 40 Jahre alter, verheirateter Arbeiter von hier tödlich vergiftet. Er war mit anderen Arbeitern damit beschäftigt, einen Gärbottich, der ungefüllt auf drei Bierfassern stand, herabzulassen. Der Verun-

mensart nicht entinnen kann, so können es auch nicht die anderen; der Rutscher wird wieder trinken, der wortgewandte Zuchtling weiter schwablonieren und die leichtfertige Blumenverkäuferin ihrem Mann davonlaufen. Großvater sind die einzelnen Gestalten heraus; arbeitet, lebendige Typen aus der Wirklichkeit, Wesen von Fleisch und Blut, die unverwundelt aus dem Leben auf die Bretter gestiegen zu sein scheinen. Aber wie resigniert der Grundgedanke des Werkes auch anmutet darf, und wie tragisch das Ende auszuklingen scheint: in dieser sozialen Komödie klingt ein hartes und ursprüngliches Erkenntnis zu optimistischer Weltbetrachtung durch, die in der Erkenntnis ruht: das Leben und die Wirklichkeit überwältigt alle Theorien; worauf es ankommt, das ist nur die eine Frage, wieviel Liebe in einem Menschen wohnt.

Kleine Mitteilungen.

Ludwig Dornay hegt in seiner Villa zu Hannover am 11. Februar 1912 in voller geistiger und körperlicher Mäßigkeit und Frische, seinen 70. Geburtstag.

Die Opernsängerin Edith Walker, die in Berlin ein Konzert geben sollte, ist dort schwer erkrankt.

Max Dauthendey's dreifaches Schauspiel „Ein Schotten fiel über den Tisch“ befreundete bei der Uraufführung im Röhler Schauspielhaus in den beiden ersten Akten durch recht bizarre Einfälle, befriedigte aber später mehr, so daß bei der vortrefflichen Darstellung der lebhafteste Beifall verstäublich war.

Dem 1gl. bayer. Hofkammerjäger Konrad Dreher, der in den letzten Tagen in den Hoftheatern in Göttingen und Altona gastierte, wurde von dem Herzog von Sachsen-Coburg-Gotha soeben das Ritterkreuz des Ernestinischen Hausordens verliehen.

sprach von der schweren Last der Verantwortung, die der ererbte große Name ihm aufbürde, von den Vorurteilen, die es leicht erischen lasse und führt fort: Wenn Siegrich Wagner in einem anderen Lande geboren wäre, wenn er einen anderen Namen trüge, dann würden alle, die heute seine Werke mittränig streng beurteilen, sein krauswäses, männliches Ingenieur, die Genialität seiner Erfindung, die musikalische Kultur, anerkennen, die ihm geträumte, Schöpfungen, wie die Vorspiele zu „Robold“ und „Bruder Lustig“ zu schreiben.“

Eine Strabivariandige im Wert von 30 000 M. gestohlen.

Aus Budapest wird gemeldet: Als der bekannte Biolinvirtuose Franz von Hegedüs seine Strabivariandige, die einen Wert von über 60 000 Kronen hat, durch seinen kleinen Neffen aus der Reparaturwerkstatt abholen ließ, hat ein unbekannter Mann den Jungen auf dem Rückwege, gegen eine Belohnung einen Brief in ein nahe gelegenes Haus zu bringen, er wolle die Geige so lange halten. Der Junge führte den Aufruf aus, oder inzwischen war der Unbekannte mit der wertvollen Violine spurlos verschwunden.

Medizinisches aus dem alten Kintoe.

Die Ausgrabungen, die im vergangenen Jahre auf der Stelle des alten Minie gemacht wurden, haben auch einen interessanten Einblick in die ärztliche Praxis im alten Ägypten, 800 Jahre vor unserer Zeitrechnung, gewährt. Von den 20 000 Täfeln, die hier als ein Teil der Bibliothek des Assurbanipal gesammelt wurden, beschließen sich mehrere Hundert mit Medizin und sind nicht anders als Rezepte ägyptischer Ärzte. Da ist man manch wunderliche Verordnung. So wird als Mittel gegen Kolik vorgeschrieben, man solle den Kranken auf allen Vieren herumfrieren lassen und ihm kaltes Wasser über den Kopf gießen. Manche Vorschriften sind sehr einfach und nat. Gemischtrinkern wird z. B. anbefohlen, sich jedes Getränkes zu enthalten, wie also starken Eßern konquentes z. Sten aufgelegt wird. Die

glückte rutschte beim Heben des Bottichs aus und fiel zu Boden, wobei er den Kopf unter dem ebenfalls herabfallenden Bottich brach, der ihn auf der Stelle erschlug.

Eugen, 1. Febr. In Ramheim wollte der Zimmermann Schneider einen Hund tödlichen. Man fand später Schneider tot mit durchschossenen Hals. Man nimmt an, daß der nicht sofort tödlich getroffene Hund gewordene Hund auf Schneider losging und daß sich dann die Waffe entlad.

Pfalz, Hessen und Umgebung.

Sprey, 1. Febr. Nachdem der Protest der Zentrumsmitglieder des Stadtrats gegen die Wahl von Rechtsanwalt Dr. Vertrich von Karlsruhe zum Verfassungsbürgermeister der hiesigen Stadt vom Ministerium zurückgewiesen wurde, fand heute vormittag die Einweisung des neuen Bürgermeisters in sein Amt statt. Sämtlicher Mitglieder des Stadtrats mit Ausnahme der Stadträte Dr. Jäger, Kommerzienrat Kirmeyer, Dr. Orth und Sturm, waren anwesend. Rgl. Bezirksamtmann Wagner nahm die Einweisung vor, worauf von den vereinigten Parteien der Liberalen mit den Sozialdemokraten Stadtrat Mülberger die Glückwünsche dem jüngsten Verfassungsbürgermeister brachte, denen sich auch namens der Zentrumsmitglieder des Stadtrats Rechnungsführer Franz anschloß.

Mannheimer Schwurgericht.

In der gestrigen Nachmittags-Sitzung erschienen als Angeklagte der 36 Jahre alte Fleischer Ernst Kohmann aus Königsbach und das 20 Jahre alte Dienstmädchen Sophie Engelhard aus Hofenheim, denen ein Vergehen im Sinne des § 218 St. G. B. (Abtreibung) zur Last lag. Kohmann scheint ein gewisses Renommé in Manipulation der fraglichen Art zu besitzen, denn die Angeklagte Engelhard war brieflich mit ihm in Verbindung getreten. Schon vor dem letzten Schwurgericht ist übrigens eine Kundin des Präsidiums zu 3 Monaten Gefängnis verurteilt worden. Die Engelhard (Berl. A.-A. Dr. Schottler) wurde unter Zustimmung mildernder Umstände wegen versuchter Abtreibung ebenfalls zu 3 Monaten Gefängnis, Kohmann (Berl. A.-A. Köbiger) wegen Beihilfe zum Versuch unter Verfolgung mildernder Umstände zu 1 Jahr Gefängnis unter Aufrechnung von 4 Monaten verurteilt.

Berichtszeitung.

Eine Verurteilung auf Indizienbeweis. Am 28. Dezember d. J. wurde der Waldbüter der Größl. Oberbayerischen Waldungen, Adam Morosch von Schriesheim, im Waldbezirk Martinsthal schreckliche Missetat eines Rebhens. Nach eifrigem Suchen fand er ein Reh am Verenden in einer Schlinge liegen. Wilderer gefühllosster Sorte hatten hier einem armen Tiere einen qualvollen Tod bereitet. Bei der weiteren Durchsicherung des Rehbühens Vorbestandes fand er noch weitere acht Wechsell mit Schlingen versehen. Die Täter mußten also die Fährte der Tiere genau kennen. In einem weiteren Wechsell hatte, wie an dem verwöhnten Boden zu sehen war, ein Reh im Todeskampfe gelegen. Es war aber mit der Schlinge weggebracht worden. Drei Tage lang legten sich drei Waldbüter auf die Lauer. Am Reijahrstage wurden sie mittags wieder Mangelnde von einem Reh, das die Waldbüter dann aus der Schlinge befreiten und wieder freiließen. Als zwei Waldbüter nach mit dieser Arbeit beschäftigt waren, näherte sich ein Mann der einen Schlinge, bei der der Waldbütscher Rath auf der Lauer lag. Als der Mann sich an der Schlinge zu schaffen machte, trat ein Reh aus seinem Versteck heraus und sah den 36 Jahre alten Maurer Josef Abel von Schriesheim vor sich stehen. Gleich darauf entbedeten seine Kollegen dessen Begleiter, den 36 Jahre alten verheirateten Maurer Herrn Scheid von Schriesheim. Bei der körperlichen Durchsicherung Abels fand man zwei Schlingen in seiner Tasche, die eine, die er bei seiner Festnahme entfernt hatte und eine, die er mitgebracht hatte. Bestürzt über seine Festnahme bemerkte er: „Nachts nicht so arg, ich werde nichts mehr tun, ich habe Frau und Kinder zu Haus.“ Die beiden Wilderer wurden am 2. Januar in Untersuchungshaft genommen, klagten aber bis heute beharrlich, auf den Reijahrstag ausgegangen zu sein. Sie gaben an, Holz zu Hammerstählen gesucht zu haben, während sich in diesem Versteck — 1/2 Stunden von Schriesheim — das betreffende Holz (Kollfische) gar nicht befindet, aber in Menge dicht bei Schriesheim. Durch ihr beharrliches Leugnen wurden sie in der Verhandlung vor dem Schöffengericht getrennt verurteilt. Das Gericht kam auf Grunds völlig ansehender Indizien zu der Beurteilung der Angeklagten zu je 1 Monat Gefängnis. Scheid hat übrigens vor Jahren schon einmal 6 Wochen Gefängnis wegen Jagdvergehens erhalten. Ohne Protest nahmen beide das Urteil an, das mit der Untersuchungshaft als kompensiert erachtet wurde.

Sperrliche Kundschau.

Wiederholt.

V. Baden-Baden, 1. Febr. Der Internationale Club hielt gestern unter dem Vorsitz seines Präsidenten, des Freiherrn v. Berning, in Ulmer seine ordentliche Generalversammlung ab. Der vorgelagte Rechnungsabschluss für 1911 ist in allen Teilen als recht günstig zu bezeichnen. Von großem Einfluß auf die günstigen Ergebnisse war der wiederholte Besuch der Rennen durch die Großherzoglichen Herrschaften. Über auch an den übrigen Tagen war der Besuch der Rennen dank dem anhaltenden herrlichen Wetter, besser als in den früheren Jahren. So kam es, daß die Einnahmen aus den verkauften Tribünenplätzen die Entree im Jahre 1910, welche gegen die vorausgesehenen Jahre schon eine erhebliche Steigerung aufgewiesen hatten, noch überboten haben. Noch stärker kommt der Aufschwung der Einnahmen im Totalfaktor-Conto zum Ausdruck. Der Umsatz steigerte sich im letzten Jahre zu der vorher nicht erreichten Höhe von M. 1.319.100.— (an Vorwissen allein sind eingegangen M. 195.325). Der zweitbeste Umsatz lieferte das Jahr 1910 mit M. 1.219.420.— In sportlicher Beziehung verlief das Meeting ebenfalls sehr gut. Die Remungen einschließlich der höheren Einjahrszahlungen waren zwar etwas zahlreicher als im Jahre 1910; dagegen ist die Zahl der starbenden Pferde von 28 in 1910 auf 194 zurückgegangen. Das Budget für 1912, das eine obermögliche Erhöhung der Rennpreise von 229.000 M. auf 344.820 M., somit um M. 115.820 vorseht, fand einstimmige Genehmigung. Die Verwaltung trat Johann in eine Beratung des wichtigsten Punktes der Tagesordnung ein: Genehmigung eines Neubaus des technischen Gebäudes und einiger Nebenanlagen in Siffelsheim. Es wurde beschlossen: das technische Gebäude neu zu bauen sowie die weiteren erforderlichen Anlagen zu erstellen, wodurch der Pfälzer Rennplatz, auf dem seit letztem Spätjahr die Bauarbeiten für eine neue moderne Tribüne in flotten Gängen sind, eine weitere großartige Ausgestaltung erfahren wird. Daraus mußte zur Wahl eines Vize-Präsidenten geschritten werden, da der bisherige zweite Vize-Präsident, Oberlandstallmeister

Graf Georg Lehndorff, sein Amt wegen vorgerückten Alters niedergelegt hat. An seiner Stelle wurde einstimmig durch Affirmation das verdienstvolle langjährige Mitglied der technischen Kommission, Herr Ober-Regierungsrat a. D. Ulrich von Derken, gewählt. Die Generalversammlung beschloß einstimmig, den Grafen Georg Lehndorff in Anbetracht seiner großen Verdienste, die er sich als Vize-Präsident, wie als Mitglied des Renn-Komitees und Vorsitzenden des Schiedsgerichts für die Rennen zu Baden-Baden im Verlauf von nahezu 40 Jahren um den Club erworben hatte, zum Ehren-Mitglied zu ernennen. Im Anschluß an die Generalversammlung fand eine Sitzung des Internationalen Renn-Komitees statt, in der das diesjährige Programm festgesetzt wurde. Das Meeting 1912 wird wieder an sechs Tagen, und zwar in der Zeit vom Freitag, den 23. August bis Sonntag, 1. September abgehalten werden. In das Renn-Komitee wurde Oberstallmeister Freiherr Gebr von Schweppenburg und in das Schiedsgericht Graf Franz Egon Wolff-Ritternich gewählt.

Letzte Nachrichten und Telegramme.

Potsdam, 2. Febr. Auf das Gratulationschreiben des Magistrats und der Stadtverordneten von Potsdam ging folgendes Schreiben des Kaisers ein: „Magistrat und Stadtverordnete danke ich herzlich für die freundlichen Segenswünsche, mit denen Sie mich in ein neues Lebensjahr geleitet haben. Wie der große König, dessen Andenken in der Potsdamer Bürgerschaft mit besonderer Pietät und Dankbarkeit bewahrt wird, weile auch ich stets gern in meiner Residenzstadt. Trägt Sie doch, wie keine andere Stadt der Monarchie, in ihren Schicksalen, Vorantagen und Bauten noch heute das Gepräge seines Geistes und die charakteristischen Spuren seiner landesväterlichen Fürsorge. Die Bestrebungen der städtischen Behörden und der Bürgerschaft, die historischen Schönheiten des Potsdamer Stadtbildes auch in Zukunft kunftlich zu erhalten, können meiner besonderen Teilnahme und Förderung allezeit gewiß sein.“

Kattow, 2. Febr. Der Schuhmachermesser Budia aus Kattow, der am 21. Dezember auf dem hiesigen Landgericht aus Rade den Gemeindevorsteher Glem aus Kattow durch einen Revolverstich verletzt hatte, ist vom Schwurgericht zu 12 Jahren Zuchthaus verurteilt worden.

Zum Tode verurteilt.

Mühlhausen i. Ell., 2. Februar. Nach zweitägiger Verhandlung, die heute um 1/2 Uhr zu Ende ging, sprach das Schwurgericht den 36 Jahre alten Fabrikarbeiter Johann Baptist Adolph von Winderheim bei Schlittstadt, der wegen vorläufigen Raubmordes an der Wirtswittwe Katharina Weber in Sandowweiler angeklagt war, schuldig. Das Urteil lautete auf Todesstrafe unter Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte.

Der Kaiser und Herr Koempf.

Berlin, 2. Febr. Die in Breslau erscheinende sozialdemokratische Volkswacht schreibt: Bei der letzten Hofgesellschaft hat der Kaiser dem Oberbürgermeister Kömpfer mit warmen Worten zur Wahl des Abgeordneten Koempf gratuliert und dabei wörtlich gesagt: Herr Koempf haben Sie mir zu danken; ich habe gehört für ihn agitiert, den ganzen Tag und bis zu meinen Kutschern herab.“ Das Berl. Tagebl., das schon früher gemeldet hatte, der Kaiser habe scherzend geäußert, sein Schloßbezirk hat den Fortschrittler bezugsgehaben, bemerkt dazu: Wenn wir recht unterrichtet sind, hat der Kaiser noch hinzugefügt: „Wenn Bismarck das erlebt hätte, daß ich einem Fortschrittler zur Wahl berufe!“

Um das Reichstagspräsidium.

Berlin, 2. Febr. Wie die Berl. Morgenpost aus guter Quelle erfahren haben will, hat Herr v. Kröcher, der frühere Präsident des preussischen Abgeordnetenhauses, in Anwesenheit hervorragender Parteiführer erklärt: Die Wahl des Grafen Schwerin-Löwis zum Reichstagspräsidenten ist gesichert. Aus nationalliberalen Kreisen erfahren wir, daß Prinz Schönau-Carolath jedenfalls nicht daran denkt, das Präsidium zu übernehmen, das aber eine Kandidatur Boasche dafür in Betracht kommen könnte. In nationalliberalen Kreisen werden gegenwärtig die Chancen einer Kandidatur Boasche für den Sitz des ersten Präsidenten im Reichstag lebhaft erörtert.

Mord und Selbstmord.

Berlin, 2. Febr. (Ein-Zel.) Heute morgen wurde die unverheiratete Köhm und der 17 Jahre alte Arbeiterdame Malchom in einem Hotelzimmer mit Schußwunden tot aufgefunden. Es Mord oder Selbstmord vorliegt, ist noch nicht angeklärt.

Petersburger Tragödien.

Petersburg, 2. Febr. Der 18jährige Sohn des Kandidaten für Physik und Mathematik, Baran, erhängte sich aus unbekannter Ursache. Aus Gram darüber vergiftete sich die Mutter. Der Vater wurde wahninnig in den Straßen Rigas aufgefunden.

Petersburg, 2. Febr. Der Gardeoffizier Rubinowski wurde mit 2 Schußwunden tot in seiner Wohnung aufgefunden. Als des Mordes verdächtig wurde die Tochter des Wirkl. Staatsrates Olga Alexeevna und ihr Freund, der Student Ignon Jutin verhaftet.

Republik oder Monarchie in Portugal?

Lissabon, 2. Febr. In der Kammer verlas der Justizminister einen Dringlichkeitsantrag, nach welchem bei den jüngsten Ereignissen die Verhofreiten sunnawarisch zu je 25 von den Militärgerichten abgeurteilt worden sind und als Berufungsinstanz nur das oberste Militärgericht zuständig sein soll. Der Ministerpräsident gab eine Leberrede über die Geschehnisse entsprechend der gestrigen offiziellen Note und erklärte, der Streik von Coora sei von den Reaktionen angefüßt worden. In Lissabon sei es den reaktionären Elementen gelungen, die Arbeiterklasse zum Streikenschuß zu bewegen und sie verjagten auch die Soldaten zur Anarchie zu verleiten. Obwohl der Streik nicht allgemein sei, hätten die Mitglieder des Staatsregens feiern müssen. Die Regierung gelangte im Einvernehmen mit den Behörden zu dem Schluß, die Verhängung des Belagerungszustandes und die Aufhebung der konstitutionellen Garantien sei geboten, sollte das Land nicht gefährdet werden. Demgemäß sei auch verfahren worden (Weisfall). Der Ministerpräsident schloß, indem er darauf hinwies, daß der Justizminister Maßnahmen vorgeschlagen habe, welche die Regierung hinsichtlich einer schnelleren Anwendung der Justiz für notwendig erachtete. (Weisfall.) Nachdem die Führer verschiedener politischer Gruppen die Haltung der Regierung gebilligt hatten, wurde der Beschlußantrag angenommen, in dem der Regierung das volle Vertrauen ausgesprochen wurde; ferner der Antrag, nach welchem der Belagerungszustand und die Aufhebung der konstitutionellen Garantien und die außerordentlichen Befugnisse des Militärs im Bezirk und der Stadt Lissabon während eines Monats bestehen bleiben soll. Das Haus beriet hierauf den Vorschlag des Justizministers.

Die Rebellion in Mexiko.

New York, 2. Febr. Nach einer Depesche aus der Stadt Mexiko gehen der Präsident und das Kabinett zu, daß die von

Japata angezettelten Unruhen zu einer so ersten Gefahr geworden sind, wie sie die neue Regierung noch nicht erlebte. Die Truppen Japatas operieren jetzt in den Staaten Morelos, Mexico, Guerrero und sogar im Bundesdistrikt. Madero gibt nicht zu, daß die Rebellion der Anhänger Japatas mit der Bewegung in Ciudad Juarez zusammenhängt. Wie eine Depesche aus El Paso berichtet, haben die Anführer in Juarez eine Belarntmachung erlassen, die Emilio Vasquez Gomez zum vorläufigen Präsidenten proklamiert und erklärt, Madero sei seinen Verpflichtungen nicht nachgekommen, die Wahlen seien ungültig, der Kongress sei aufgelöst und die Befehle ohne gesetzliche Kraft. Die Garnison von Casas Grandes wird jeden Augenblick in Juarez erwartet.

Untergang eines englischen Unterseebootes.

w. Portsmouth, 2. Febr. Das englische Unterseeboot „A III“ ist infolge eines Zusammenstoßes mit dem Kanonenboot „Hazard“ auf der Höhe der Insel Wright gesunken. Offiziere und Mannschaften, im ganzen 11 Mann, gelten als verloren.

Berliner Drahtbericht.

(Von unserem Berliner Bureau.)

Das Stichwahlkommen zwischen der Fortschritt. Volkspartei und der Sozialdemokratie.

Berlin, 2. Febr. (Von unserem Berliner Bureau.) Heber das Zustandekommen der dem Sinne noch übereinstimmenden Stichwahlparolen der Fortschrittlichen Volkspartei und der Sozialdemokratie wollen die Berliner Politischen Nachrichten wissen, daß das Abkommen am 17. Januar vormittags im Direktionszimmer der Mitteldeutschen Kreditbank in Berlin von einigen Vertretern der Fortschritt. Volkspartei und den Vertretern der Sozialdemokratie geschlossen wurde. Die Verhandlungen, die unter dem Vorhabe des ehemaligen Reichstagsabg. Direktor Rommien stattfanden, hätten zu einem glatten Abschluß geführt. Das Abkommen sei nachher von dem geschäftsführenden Ausschusse der Fortschrittlichen Volkspartei gebilligt worden. Die Bemühungen eines ehemaligen Abg. der Fortschritt. Volkspartei, auch die Parteileitung der Nationalliberalen Partei zum Beitritt zu dem Stichwahlbündnis zu bewegen, seien glatt abgelehnt worden.

Wahlleiter Nachkänge.

Berlin, 2. Februar. (Von unserm Berliner Bureau.) Nach mehrfacher Vertagung gelangte heute vormittag der Prozeß gegen den preussischen Fiskus zur Verhandlung, den die Witwe des Arbeiters Hermann angestrengt hat, der bei den Noobiter Unruhen dadurch ums Leben gekommen ist, daß er von den Säbelhieben der Schutzleute tödlich getroffen wurde. Seine Witwe hatte zunächst die Stadt Berlin und den preussischen Fiskus auf eine wöchentliche Rente von 30 M. verklagt. Nachdem ihr Gesuch abgewiesen worden war mit der Begründung, daß ihr als Witwe überhaupt kein Recht auf Schadenersatz zustehe, fragte Hermann nun auf dem Standpunkt, daß ihr eine Rente doch zu bewilligen sei, da sie durch den Tod ihres Ernährers mittellos geworden. Aus dem Strafammerurteil geht aber hervor, daß der Tod Hermanns durch Mißbrauch der Waffe seitens der Schutzleute hervorgerufen worden sei. Die heutige Verhandlung, die vor der 38. Zivilkammer des Landgerichts I stattfindet, ist lediglich ein Vermerkstermin, der nicht öffentlich stattfindet. Das heute erwonnene Material wird in dem nächsten stattfindenden letzten Hauptverhandlungstermin Verwertung finden.

Von der englischen Flotte.

Berlin, 2. Februar. (Von unserm Berliner Bureau.) Aus London wird gemeldet: Die meisten Morgenblätter enthalten sich jeder Äußerung über die sensationellen Gerüchte, die über den neuesten englischen Ueberdreadnought „Orion“ verbreitet sind. Der Marinefachverständige des „Standard“ meint jedoch, daß die Fehler der „Orion“ natürlich auch bei all ihren Schwester Schiffen, die jetzt im Bau begriffen sind, gefunden werden könnten. Die Kriegstüchtigkeit dieses Schiffes könne nur bei ruhiger See ihre Bewertung auf dem Papier erreichen. Die Einforderung von Angeboten zum Bau einer Anzahl von Zerstörern, für die dem Parlament bisher kein Geld bewilligt wurde, hat zu allerhand wilden Gerüchten Veranlassung gegeben. Der Marineberichterstatter des „Daily Telegraph“ aber weiß, daß, wenn Angebote für Zerstörer, auch schon jetzt eingefordert werden, der Bau jedoch erst nach Bewilligung der nötigen Gelder durch das Parlament in Auftrag gegeben wird. Die Angebote würden jetzt eingefordert werden, damit man mit dem Bau sofort beginnen kann, sobald das Geld bewilligt sei. Es kann also keinem Zweifel unterliegen, daß der Marineminister eine Beschleunigung der Bauten der britischen Marine beabsichtigt.

Die Revolution in China.

Berlin, 2. Febr. Aus Tientsin meldet die Petersburger Nowoje Wremja, daß auf Veranlassung des deutschen Gesandten in Tientsin 500 deutsche Soldaten in Tientsin eintrafen. Von diesen geht ein Teil nach Peking zum Schutz der dortigen deutschen Gesandtschaft.

Scharfe Kälte.

Berlin, 2. Febr. Die Temperatur ist von gestern auf heute wieder erheblich gesunken, heute morgen zeigt das Thermometer wiederum 10 Gr. Kälte. — Bei heftigem Schneetreiben sind gestern zu später Abendstunde wieder große Schneemassen niedergegangen, sodas Berlin heute wieder völlig im Schnee liegt. Bei der im Osten des Reiches herrschenden starken Kälte ist ein Nachlassen der Kälte für die nächsten Tage nicht zu erwarten.

Von Tag zu Tag.

Pauil. Berlin, 2. Febr. In der Wächterfabrik von Jacobs Nachfolger wurden heute morgen durch heiße Dämpfe zwei Personen schwer und mehrere leicht verletzt. Unter den Frauen entstand eine Panik. Einige Frauen wollten aus dem Fenster herausspringen. Erst nach längerer Zeit trat Beruhigung ein.

Schredensstat eines Geisteskranken. Berlin, 2. Febr. Heute morgen verlegte die in der Großwalderstraße wohnende Schneidermeister Wittke seine Frau durch 6 Messerstiche lebensgefährlich und seinen 19jährigen Sohn durch zwei Messerstiche, anscheinend in einem Anfall von Geistesgekrtheit. Er selbst wurde durch seinen Sohn durch Schläge und Stöße schwer verwundet.

glückte rutschte beim Heben des Bottichs aus und fiel zu Boden, wobei er den Kopf unter den ebenfalls herabfallenden Bottich brachte, der ihn auf der Stelle erschlug.

Eugen, 1. Febr. In Ramstein wollte der Zimmermann Schneider einen Hund loslassen. Man fand später Schneider tot mit durchschossenem linken Auge. Man nimmt an, daß der nicht sofort tödlich getroffene wütend gewordene Hund auf Schneider losging und daß sich dann die Waffe entlud.

Pfalz, Hessen und Umgebung.

Speyer, 1. Febr. Nachdem der Protest der Zentrumsmitglieder des Stadtrats gegen die Wahl von Rechtsrat Dr. Dietrich von Karlsruhe zum Berufsbürgermeister der hiesigen Stadt vom Ministerium zurückgewiesen wurde, fand heute vormittag die Einweihung des neuen Bürgermeisters in sein Amt statt. Sämtlicher Mitglieder des Stadtrats mit Ausnahme der Stadträte Dr. Jäger, Kommerzienrat Kirmeier, Dr. Orth und Sturm, waren anwesend. Kgl. Bezirksamtmann Wagner nahm die Einweihung vor, worauf von den vereinigten Parteien der Liberalen mit den Sozialdemokraten Stadtrat Wälberger die Glückwünsche dem jüngsten Berufsbürgermeister darbrachte, denen sich auch namens der Zentrumsmitglieder des Stadtrats Rechnungsführer Kronz anschloß.

Mannheimer Schwurgericht.

In der gestrigen Nachmittags-Sitzung erschienen als Angeklagte der 36 Jahre alte Freizeiter Ernst R o s m a n n aus Königsdorf und das 20 Jahre alte Dienstmädchen Sophie Engelhardt aus Hofenheim, denen ein Vergehen im Sinne des § 218 St. G. B. (Abtreibung) zur Last lag. Rosmann scheint ein gewisses Renommé in Manipulationen der französischen Art zu besitzen, denn die Angeklagte Engelhardt war brieflich mit ihm in Verbindung getreten. Schon vor dem letzten Schwurgericht ist übrigens eine Randin des Freizeiters zu 3 Monaten Gefängnis beurteilt worden. Die Engelhardt (Vert. R.-A. Dr. Schottler) wurde unter Jubilierung mildernden Umstände wegen versuchter Abtreibung ebenfalls zu 3 Monaten Gefängnis, Rosmann (Vert. R.-A. Wädler) wegen Beihilfe zum Verfall unter Verjüngung mildernden Umstände zu 1 Jahr Gefängnis unter Aufrechnung von 4 Monaten beurteilt.

Schichtzeitung.

Eine Verurteilung auf Indizienbeweis. Am 28. Dezember d. J. hörte der Waldhüter der Größl. Oberbayerischen Waldungen, Adam Morosch von Schriesheim, im Waldbezirk Martinsdahl schreckliche Klageföhre eines Hedes. Nach eifrigem Suchen fand er ein Reh am Berenden in einer Schlinge liegen. Wilderer gefühllosster Sorte hatten hier einen armen Tiere einen qualvollen Tod bereitet. Bei der weiteren Durchsichtung des Hührens Forstbestandes fand er noch weitere acht Bechse mit Schlingen versehen. Die Täter mußten also die Hälfte der Tiere genau kennen. An einem weiteren Wechsel hatte, wie an dem verwählten Boden zu sehen war, ein Reh im Todeskampfe gelegen. Es war aber mit der Schlinge weggebracht worden. Drei Tage lang lag dort drei Waldhüter auf die Lauer. Am Renjohrstage hörten sie mittags wieder Klageföhre von einem Reh, das die Waldhüter dann aus der Schlinge befreiten und wieder freiließen. Als zwei Waldhüter noch mit dieser Arbeit beschäftigt waren, näherte sich ein Mann der einen Schlinge, bei der der Waldhüter schaffte machte, trat Rath aus seinem Versteck heraus und sah den 33 Jahre alten Maurer Josef Abel von Schriesheim vor sich stehen. Gleich darauf entdeckten seine Kollegen dessen Begleiter, den 35 Jahre alten verheirateten Maurer Herrn Scheib von Schriesheim. Bei der körperlichen Durchsichtung Abels fand man zwei Schlingen in seiner Tasche, die eine, die er bei seiner Festnahme entfernt hatte und eine, die er mitgebracht hatte. Verhört über seine Festnahme bemerkte er: „Nacht nicht so arg, ich werde nicht mehr tun, ich habe Frau und Kinder zu Haus.“ Die beiden Wilderer wurden am 2. Januar in Untersuchungshaft genommen, klagten aber bis heute beharrlich, auf den Rehschlag ausgegangen zu sein. Sie gaben an, Holz zu Hammernschleifen gesucht zu haben, während sich in diesem Bestand — 1/2 Stunden von Schriesheim — das betreffende Holz (Kalkföhre) gar nicht befindet, aber in Menge dicht bei Schriesheim. Durch ihr beharrliches Leugnen wurden sie in der Verhandlung vor dem Schöffengericht getrennt verurteilt. Das Gericht kam auf Grund völlig ausreichender Indizien zu der Verurteilung der Angeklagten zu je 1 Monat Gefängnis. Scheib hat übrigens vor Jahren schon einmal 6 Wochen Gefängnis wegen Jagdvergehens erhalten. Ohne Protest nahmen beide das Urteil an, das mit der Untersuchungschaft als kompensiert erachtet wurde.

Sportliche Rundschau.

Verdesport.

V. Baden-Baden, 1. Febr. Der Internationale Club hielt gestern unter dem Vorsitz seines Präsidenten, des Freiherrn v. Rönningen-Allner seine ordentliche Generalversammlung ab. Der vorgelegte Rechnungsabschluss für 1911 ist in allen Teilen als recht pünktlich zu bezeichnen. Von großem Einfluß auf die günstigen Ergebnisse war der wiederholte Besuch der Rennen durch die Großherzoglichen Herrschaften. Aber auch an den übrigen Tagen war der Besuch der Rennen dank dem andauernden herrlichen Wetter, besser als in den früheren Jahren. So kam es, daß die Einnahmen aus den verkauften Tribünenplätzen die Entress im Jahre 1910, welche gegen die vorangegangenen Jahre schon eine erhebliche Steigerung aufgewiesen hatten, noch überboten haben. Noch härter kommt der Aufschwung der Einnahmen im Totalfaktor-Konto zum Ausdruck. Der Umsatz stiegerte sich im letzten Jahre zu der vorher nicht erreichten Höhe von M. 1.319.100.— (an Vorwetten allein sind eingegangen Mark 135.325). Den zweitbesten Umsatz lieferte das Jahr 1910 mit Mark 1.219.430.—. In sportlicher Beziehung verlief das Meeting ebenfalls sehr gut. Die Rennen waren einschließlich der höheren Einsätze waren zwar etwas zahlreicher als im Jahre 1910; dagegen ist die Zahl der startenden Pferde von 268 in 1910 auf 194 zurückgegangen. Das Budget für 1912, das eine übermäßige Erhöhung der Rennpreise von 520.000 M. auf 644.820 M., somit um M. 124.820 vorläßt, fand einstimmige Genehmigung. Die Verwaltung trat sodann in eine Beratung des wichtigsten Punktes der Tagesordnung ein: Genehmigung eines Neubaus des technischen Gebäudes und einiger Nebenanlagen in Iffesheim. Es wurde beschlossen: das technische Gebäude neu zu bauen sowie die weiteren erforderlichen Anlagen zu erstellen, wodurch der Iffesheimer Rennplatz, auf dem seit letztem Späthjahr die Bauarbeiten für eine neue moderne Tribüne in flotten Gänge sind, eine weitere großartige Ausgestaltung erfahren wird. Daraus mußte zur Wahl eines Vize-Präsidenten geschritten werden, da der bisherige zweite Vize-Präsident, Oberlandstallmeister

Graf Georg Lehndorff, sein Amt wegen vorgerückten Alters niedergelegt hat. An seiner Stelle wurde einstimmig durch Affirmation das verdienstvolle langjährige Mitglied der technischen Kommission, Herr Ober-Regierungsrat a. D. Ulrich von Dörpen, gewählt. Die Generalversammlung beschloß einstimmig, den Grafen Georg Lehndorff in Anbetracht seiner großen Verdienste, die er sich als Vize-Präsident, wie als Mitglied des Renn-Komitees und Vorsitzender des Schiedsgerichts für die Rennen zu Baden-Baden im Verlauf von nahezu 40 Jahren um den Club erworben hatte, zum Ehren-Mitglied zu ernennen. Im Anschluß an die Generalversammlung fand eine Sitzung des Internationalen Renn-Komitees statt, in der das diesjährige Programm festgesetzt wurde. Das Meeting 1912 wird wieder an sechs Tagen, und zwar in der Zeit vom Freitag, den 23. August bis Sonntag, 1. September abgehalten werden. In das Renn-Komitee wurde Oberstallmeister Freiherr Geor von Schweppenburg und in das Schiedsgericht Graf Franz Egon Wolff-Metternich gewählt.

Letzte Nachrichten und Telegramme.

Potsdam, 2. Febr. Auf das Gratulations Schreiben des Magistrats und der Stadterordneten von Potsdam ging folgendes Schreiben des Kaisers ein: „Magistrat und Stadterordneten danke ich herzlich für die freundlichen Segenswünsche, mit denen Sie mich in ein neues Lebensjahr geleitet haben. Wie der große König, dessen Andenken in der Potsdamer Bürgerschaft mit besonderer Pietät und Dankbarkeit bewahrt wird, weile auch ich stets gern in meiner Residenzstadt. Tragt Sie doch, wie keine andere Stadt der Monarchie, in ihren Schöpfen, Parianlagen und Bauten noch heute das Gepräge seines Geistes und die charakteristischen Spuren seiner landesväterlichen Fürsorge. Die Bestrebungen der ködtlichen Behörden und der Bürgerschaft, die historischen Schönheiten des Potsdamer Stadtbildes auch in Zukunft tunlichst zu erhalten, können meiner besonderen Teilnahme und Förderung allezeit gewiß sein.“

Kaiserslautern, 2. Febr. Der Schuhmachermeister Buchta aus Aßlar, der am 21. Dezember auf dem hiesigen Landgericht und nach dem Gemeindevorsteher Meind aus Aßlar durch einen Revolverstich verletzt wurde, ist vom Schwurgericht zu 12 Jahren Zuchthaus verurteilt worden.

Zum Tode verurteilt.

Mühlhausen i. G., 2. Februar. Nach zweitägiger Verhandlung, die heute um 1/2 Uhr zu Ende ging, sprach das Schwurgericht den 36 Jahre alten Fabrikarbeiter Johann Baptist Adolf von Hindernheim bei Schleifstadt, der wegen vorläufigen Raubmordes an der Wittwitwe Katharina Weber in Sandosweiler angeklagt war, schuldig. Das Urteil lautete auf Todesstrafe unter Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte.

Der Kaiser und Herr Kaempf.

Berlin, 2. Febr. Die in Dresden erscheinende sozialdemokratische Volkswacht schreibt: Bei der letzten Hoffentlichkeit hat der Kaiser dem Oberbürgermeister Kirchner mit warmen Worten zur Wahl des Abgeordneten Kaempf gratuliert und dabei wörtlich gesagt: „Herrn Kaempf haben Sie mir zu verdanken; ich habe gehört für ihn agitiert, den ganzen Tag und bis zu meinen Kutschern herab.“ Das Berl. Tagebl., das schon früher gemeldet hatte, der Kaiser habe jähzornig geäußert, mein Schloßbesitz hat den Fortschrittler herausgehoben, bemerkt dazu: „Wenn wir recht unterrichtet sind, hat der Kaiser noch hinzugefügt: „Wenn Bismarck das erlebt hätte, daß ich einem Fortschrittler zur Wahl verbeife!“

Um das Reichstagspräsidium.

Berlin, 2. Febr. Wie die Berl. Morgenpost aus guter Quelle erfahren haben will, hat Herr v. Ardenberg, der frühere Präsident des preussischen Abgeordnetenhauses, in Anwesenheit hervortretender Parteiführer erklärt: Die Wahl des Grafen Schönerling zum Reichstagspräsidenten ist gesichert. Aus nationalliberalen Kreisen erfahren wir, daß Prinz Schönauich-Carolath ebenfalls nicht daran denkt, das Präsidium zu übernehmen, daß aber eine Kandidatur Boalche dafür in Betracht kommen könne. In nationalliberalen Kreisen werden gegenwärtig die Chancen einer Kandidatur Boalche für den Sitz des ersten Präsidenten im Reichstag lebhaft erörtert.

Mord und Selbstmord.

Berlin, 2. Febr. (Priv.-Tel.) Heute morgen wurde die unerschütterliche Waise und der 17 Jahre alte Arbeitsstarke Malchow in einem Hotelzimmer mit Schusswunden tot aufgefunden. Ob Mord oder Selbstmord vorliegt, ist noch nicht angeklärt.

Petersburger Tragödien.

Petersburg, 2. Febr. Der 17jährige Sohn des Kandidaten für Physik und Mathematik, Martar, erhängte sich aus unbekannter Ursache. Aus Gram darüber vergiftete sich die Mutter. Der Vater wurde wahnsinnig in den Straßen Algas aufgefunden.

Petersburg, 2. Febr. Der Gardeoffizier Lubinski wurde mit 2 Schusswunden tot in seiner Wohnung aufgefunden. Als des Mordes verdächtig wurde die Tochter des Wirkl. Staatsrates Olga Wersjowa und ihr Freund, der Student Njan Junin verhaftet.

Republik oder Monarchie in Portugal?

Lissabon, 2. Febr. In der Kammer verlas der Justizminister einen Dringlichkeitsantrag, nach welchem bei den jüngsten Ereignissen die Verhafteten (summarisch zu je 25 von den Militärgerichten abgeurteilt worden sind) als Festungsinsassen nur das oberste Militärgericht zuständig sein soll. Der Ministerpräsident gab eine Uebersicht über die Geschehnisse entsprechend der gestrigen offiziellen Note und erklärte, der Streit von Coora sei von den Reaktionsären angezettelt worden. In Lissabon sei es den reaktionären Elementen gelungen, die Arbeiterklasse zum Streikschluß zu bewegen und sie versuchten auch die Soldaten zur Anarchie zu verleiten. Obwohl der Streik nicht allgemein sei, hätten die Mitglieder des Staatswehens feiern müssen. Die Regierung gelangte im Einvernehmen mit den Behörden zu dem Schluß, die Verhängung des Belagerungszustandes und die Aufhebung der konstitutionellen Garantien sei geboten, sollte das Land nicht gefährdet werden. Demgemäß sei auch verfahren worden (Beifall). Der Ministerpräsident schloß, indem er darauf hinwies, daß der Justizminister Maßnahmen vorgeschlagen habe, welche die Regierung hinsichtlich einer schneller Anwendung der Justiz für notwendig erachtete. (Beifall.) Nachdem die Führer verschiedener politischer Gruppen die Haltung der Regierung gebilligt hatten, wurde der Beschlußantrag angenommen, in dem der Regierung das volle Vertrauen ausgesprochen wurde; ferner der Antrag, nach welchem der Belagerungszustand und die Aufhebung der konstitutionellen Garantien und die außerordentlichen Befugnisse des Militärs im Bezirk und der Stadt Lissabon während eines Monats bestehen bleiben soll. Das Haus verließ hierauf den Vorsitz des Justizministers.

Die Rebellion in Mexiko.

Newark, 2. Febr. Nach einer Depesche aus der Stadt Mexiko gehen der Präsident und das Kabinett zu, daß die von

Japata angezeigten Unruhen zu einer so ersten Gefahr geworden sind, wie sie die neue Regierung noch nicht erlebt. Die Truppen Japatas operieren jetzt in den Staaten Morelos, Mexico, Guerrero und sogar im Bundesdistrikt. Madero gibt nicht zu, daß die Rebellion der Anhänger Japatas mit der Bewegung in Ciudad Juarez zusammenhängt. Wie eine Depesche aus El Paso berichtet, haben die Anführer in Juarez eine Bekanntmachung erlassen, die Emilio Vasquez Gomez zum vorläufigen Präsidenten proklamiert und erklärt, Madero sei seinen Verpflichtungen nicht nachgekommen, die Wahlen seien ungültig, der Kongreß sei aufgelöst und die Befehle ohne gesetzliche Kraft. Die Garnison von Casas Grandes wird jeden Augenblick in Juarez erwartet.

Untergang eines englischen Unterseebootes.

W. Portsmouth, 2. Febr. Das englische Unterseeboot „A III“ ist infolge eines Zusammenstoßes mit dem Kanonenboot „Hazard“ auf der Höhe der Insel Wright gesunken. Offiziere und Mannschaften, im ganzen 11 Mann, gelten als verloren.

Berliner Drahtbericht.

(Von unserem Berliner Bureau.)

Das Stichwahlabkommen zwischen der Fortschritt. Volkspartei und der Sozialdemokratie.

Berlin, 2. Febr. (Von unserem Berliner Bureau.) Ueber das Zustandekommen der dem Sinne nach übereinstimmenden Stichwahlparolen der Fortschrittlichen Volkspartei und der Sozialdemokratie wollen die Berliner Politischen Nachrichten wissen, daß das Abkommen am 17. Januar vormittags im Direktionszimmer der Mitteldeutschen Kreditbank in Berlin von einigen Herren der Fortschritt. Volkspartei und den Vertretern der Sozialdemokratie geschlossen wurde. Die Verhandlungen, die unter dem Vorherrsche des ehemaligen Reichstagsabg. Direktor Rommsen stattfanden, hätten zu einem glatten Abschluß geführt. Das Abkommen sei nachher von dem geschäftsführenden Ausschusse der Fortschrittlichen Volkspartei gebilligt worden. Die Bemühungen eines ehemaligen Abg. der Fortschritt. Volkspartei, auch die Parteileitung der Nationalliberalen Partei zum Beitritt zu dem Stichwahlbündnis zu bewegen, seien glatt abgelehnt worden.

Wahlleiter Nachrichten.

Berlin, 2. Februar. (Von unserm Berliner Bureau.) Nach mehrfacher Vertagung gelangte heute vormittag der Prozeß gegen den preussischen Fiskus zur Verhandlung, den die Witwe des Arbeiters Hermann angestreift hat, der bei den Woboliter Unruhen dadurch ums Leben gekommen ist, daß er von den Säbelhieben der Schuppleute tödlich getroffen wurde. Seine Witwe hatte zunächst die Stadt Berlin und den preussischen Fiskus auf eine wöchentliche Rente von 30 M. verklagt. Nachdem ihr Gesuch abgewiesen worden war mit der Begründung, daß ihr als Witwe überhaupt kein Recht auf Schadenersatz zustehe, trat Hermann nun auf dem Standpunkt, daß ihr eine Rente doch zu bewilligen sei, da sie durch den Tod ihres Ernährers mittellos geworden. Aus dem Strafkammerurteil geht aber hervor, daß der Tod Hermanns durch Mißbrauch der Waffe seitens der Schuppleute hervorgerufen worden sei. Die heutige Verhandlung, die vor der 38. Zivilkammer des Landgerichts I stattfindet, ist lediglich ein Beweistermin, der nicht öffentlich stattfindet. Das heute gewonnene Material wird in dem nächsten stattfindenden letzten Hauptverhandlungstermin Verwendung finden.

Von der englischen Flotte.

Berlin, 2. Februar. (Von unserm Berliner Bureau.) Aus London wird gemeldet: Die meisten Morgenblätter enthalten sich jeder Aeußerung über die sensationellen Gerüchte, die über den neuesten englischen Ueberdregungst „Orion“ verbreitet sind. Der Marineoberbefehlshaber des „Standard“ meint jedoch, daß die Fehler der „Orion“ natürlich auch bei all ihren Schwesterschiffen, die jetzt im Bau begriffen sind, gefunden werden könnten. Die Kriegstüchtigkeit dieses Schiffes könne nur bei ruhiger See ihre Bewertung auf dem Papier erreichen. Die Einforderung des Angebotes zum Bau einer Anzahl von Zerstörern, für die vom Parlament bisher kein Geld bewilligt wurde, hat zu allerhand wilden Gerüchten Veranlassung gegeben. Der Marineberichterstatter des „Daily Telegraph“ aber weiß, daß, wenn Angebote für Zerstörer, auch schon jetzt eingefordert werden, der Bau jedoch erst nach Bewilligung der nötigen Gelder durch das Parlament in Angriff gegeben wird. Die Angebote würden jetzt eingefordert werden, damit man mit dem Bau sofort beginnen könne, sobald das Geld bewilligt sei. Es kann also keinem Zweifel unterliegen, daß der Marineminister eine Beschleunigung der Bauten der britischen Marine beabsichtigt.

Die Revolution in China.

Berlin, 2. Febr. Aus Tientsin meldet die Petersburger „Ramoje Bremea“, daß auf Veranlassung des deutschen Gesandten in Tientsin 500 deutsche Soldaten in Tientsin eintrafen. Von diesen geht ein Teil nach Peking zum Schutz der dortigen deutschen Gesandtschaft.

Scharfe Kälte.

Berlin, 2. Febr. Die Temperatur ist von gestern auf heute wieder erheblich gesunken, heute morgen zeigt das Thermometer wiederum 10 Gr. Kälte. — Bei heftigem Schneetreiben sind gestern zu später Abendstunde wieder große Schneemassen niedergegangen, so daß Berlin heute wieder völlig in Schnee liegt. Bei der im Osten des Reiches herrschenden starken Kälte ist ein Nachlassen der Kälte für die nächsten Tage nicht zu erwarten.

Von Tag zu Tag.

Pauil. Berlin, 2. Febr. In der Wäscheabfabrik von Jacobs Nachfolger wurden heute morgen durch heiße Dämpfe zwei Personen schwer und mehrere leicht verletzt. Unter den Frauen entstand eine Panik. Einige Frauen wollten aus dem Fenster herausspringen. Erst nach längerer Zeit trat Beruhigung ein.

Schredensstat eines Weisheitsgelehrten. Berlin, 2. Febr. Heute morgen verlegte bei in der Großwälderstraße wohnende Schneidermeister Sch... seine Frau durch 6 Messerstiche lebensgefährlich und seinen 17jährigen Sohn durch zwei Messerstiche, anscheinend in einem Anfall von Geistesgekränktheit. Er selbst wurde durch seine Frau durch Schläge und Stiche schwer verwundet.

Don der Kunst, Schwiegermutter zu sein.

Von Dr. von Gneist.

Ist es heutzutage schon mit Schwierigkeiten verknüpft, Schwiegermutter zu werden, wegen der verschlechterten Eheverhältnisse für die Töchter von heute, so ist es von jeher für eine Frau nicht leicht gewesen, Schwiegermutter zu sein. Wie es früher war, so ist es heute, und so wird es auch fernherhin sein, daß die Stellung der Mutter des Mannes sowohl, als auch der Mutter der Frau eine nicht leicht zu nehmende ist.

Mit einem großen Herrenkreis hat die Schwiegermutter zu kämpfen, nämlich mit einem im Volksmunde schon fast sprichwörtlich gewordenen Vorurteil, da ihr ganzes Auftreten außerordentlich erschwert. Sodann ist nun einmal ein nicht geringes Maß von Diplomatie unerlässlich von Seiten der Schwiegermutter, wenn sie imstande sein will, die ihr im Verkehr mit Schwiegertochter oder -Sohn drohenden Klippen glücklich zu umschiffen. Vielleicht ist es der Umstand, daß nicht eine jede Frau über jene Eigenschaften verfügt, aber ein besonders scharf ausgeprägtes Gefühl für den richtigen Ton in allen Lebenslagen, der nun einmal zwischen diesen Verwandtschaftsgattungen die einzig mögliche und gangbare Brücke zu einem friedvollen Verhältnis zu sein scheint, der Grund, daß tatsächlich Reideretten geringeren oder auch größeren Umfangs unter ihnen nicht selten sind.

Es ist so herzlich wohlgemeint, wenn die ältere Frau aus ihrem reichen Erfahrungsschatz der jüngeren Generation mit vollen Händen Ratsschlöße und erprobte Kunstgriffe anstreuen möchte. Ist sie sich doch bewußt, daß ein Fehlschlag bei Befolgung derselben unumöglich ist. Wer wollte aber bestreiten, daß es trotz dieser erprobten Ratsschlöße noch genug ebenso unsichere Methoden geben kann, die den angegebenen in nichts nachstehen. Gerade bei erfahrenen Hausfrauen findet man viele kleine Schwäche außerordentlich häufig, für diese Beschränktheorie eine wahre Leidenschaft zu besitzen, obgleich die mit den wohlmeinenden Ratsschlüssen diese Freigebigkeit meistens gar nicht schenken und in ihrem Teil nun wieder ihre eigenen Ansichten mit Ueberzeugtheit zu verteidigen geneigt sind. Hierzu kommt noch, daß die Jugend alles von ganz anderen Gesichtspunkten ansieht, als das Alter, daß oft genug moderne Anschauungen den Sieg über das Alte, und wenn es noch so gut und schön war, davongetragen haben.

Die Erziehungsgrundsätze, die hygienischen Maßregeln, nach denen die Großmutter ihre Kinder groß gezogen, und seien die Resultate noch so vorzüglich, brauchen deshalb noch nicht für ewige Zeiten die allein seligmachenden zu sein. Gewöhnlich aber verfechten ältere erfahrene Gattinnen und Mütter mit einer jähren Beharrlichkeit die Unschärfe ihrer Ansichten, die einem Luther auf dem Reichstage zu Worms Ehre gemacht haben würde. Wo bleibt da die so notwendige kluge Zurückhaltung? Genügt es nicht, vollständig, es ermahnt zu haben, wie man selbst dies und jenes einstmalig gehandelt hatte, und es den Jungen zu überlassen, ob sie sich diese Erfahrungen zur Richtschnur machen wollen? Wo nun diese mit feinsinnigem Verständnis für das Selbständigkeitsbedürfnis der Jüngeren geparte Taktik nicht ausgeübt wird, sondern eine förmliche Jesuiterei verhängt wird, über das Tun und Lassen des jüngeren Völkchens, da entwickelt sich zuerst unsichtbar allerding, allmählich eine Art Explosionsstoff, den schließlich selbst ein Fünkchen von Unüberlegtheit zur Entladung bringen kann. Und ein wenig mehr Diplomatie, nur ein klein wenig jartünniges Empfinden, das den richtigen Ton stets treffen wird, das selbst die verschiedenartigsten Charaktere, die entgegengesetzten Ansichten in die Schranke der einsichtsvollen Rücksichtnahme bannt, hätte es vermocht, das Banner des Friedens und der Eintracht ein für alle Mal anzupflanzen. Gerade für energische Naturen, denen das Selbstbestimmen durch langjährige Ausbildung etwas Selbstverständliches geworden, ist es keine leichte Aufgabe, auf diese führende Rolle im Ehe drama des jungen Paares zu verzichten und womöglich in der Kunst des Schwiegens mit dem großen Strategen Mollat in Wettbewerben treten zu müssen. Da aber in einer ehelichen Gemeinschaft ein dritter, und sei es die liebevollste Mutter, durch das Einmischen in deren Angelegenheiten nur zu leicht Gefahr läuft, Anstoß zu erregen, so wird die Schwiegermutter gern darauf verzichten. Eine andere, nicht minder gefährliche Klippe, an der das Ansehen der Schwiegermutter tödlicher scheitern muß, ist die von vielen beliebte Gewohnheit, Fehler, die sie glauben, tügen zu müssen, nicht dem mit diesen Schwächen Bekannten selbst, sondern dem andern Teil zu unterbreiten. Ungezogen, wird durch diese verkehrte Taktik nur zu leicht das Unkraut der Zwietracht geerntet. Die Urheberin aber, die das Beste gewollt haben mag, macht die bittere Erfahrung, daß dieser Mißgriff verhängnisvoll gewesen, läßt aber, im Gefühl ihrer guten Absichten, nicht von dieser Gewohnheit. Wohl aber neigt sie nötigenfalls zu der Annahme, daß wiederum Schwiegertochter oder Sohn, die Strafwürdigen seien. Und dieses ist wiederum eine nicht ungeschickliche Klippe, oder vielmehr eine Sandbank, an der sich die Beteiligten leicht festfahren.

Die Engländerin als Rechnerin.

Die Engländerin hat vor ganz Europa den Ruf, keine gute Hausfrau zu sein, und schon ein oberflächlicher Blick in das Leben der Weltstadt London belehrt, daß diese Behauptung, die besonders für das Leben der unteren Klassen von so ungeheurer Wichtigkeit ist, keine Legende ist. Und unterhaltend ist, daß man dabei die Entdeckung gemacht, daß die Engländerin, der weibliche Teil des größten Handelsvolkes der Welt, insbesondere keine Rechnerin ist. Alle Fremden, die die zahlreichen weiblichen Kassierer in Londoner Restaurants und Geschäften beim Roman- und Zeitungsgeschäft beobachtet haben, werden schon längst diese Beobachtung gemacht haben, aber auch die Einheimischen haben darüber keine Illusionen. Vor acht oder zehn Jahren erließ einmal der „Daily Chronicle“ in der philologischen Rubrik des Augustmonats eine Rund-

frage, ob die Reigung der Engländer, früh zu heiraten, eigentlich berechtigt wäre, und ob die meisten dieser frühen Ehen glücklich wären? Es kamen eine Menge Antworten von den Lesern, und die meisten dieser Antworten waren vernichtend für die Freunde der Ehe; auf eine ermunternde Stimme kamen zehn abtrotzende. Die meisten führten mehr oder weniger offenherzig Klage darüber, daß die Erziehung ihrer Frauen sie in keiner Weise befähige, ein ordentliches Haushaltungsbuch zu führen. Und das scheint inzwischen nicht besser geworden zu sein, wie aus einigen Erörterungen hervorgeht, die in diesen Tagen in der „Daily Mail“ standen, und zu denen eine Bemerkung der Lady Mavorch von London über die Abneigung der Frauen gegen Zahlen Anlaß gegeben hatte. Die „Kölnische Zeitung“ berichtet hierüber: Herr Will Hall, der Sekretär des Zentralverbandes der Rechnungsführer, äußerte, darüber befragt: Die Abneigung der Frauen gegen Zahlen rührt von der Tatsache her, daß sie ihrer ganzen Natur nach unsäbig sind, sie zu verstehen. Meine geschäftliche Erfahrung hat mich gelehrt, daß man Frauen, selbst solchen, die in jeder andern Hinsicht außerordentlich intelligent sind, eine verantwortliche Rechnungsführung nicht anvertrauen kann. Sie sind zu ungenau. Einige können wohl das Tagesjournal führen oder in das Hauptbuch eintragen, aber wenige können eine Rechnungsgelenkenheit abmachen, die Nachdenken erfordert. Ich kenne keine einzige Firma in London, die ihre Bücher völlig Frauen anvertraut. In den meisten Fällen gibt man ihnen die rein mechanische Arbeit der Buchhaltung, aber nichts mehr. Selbst die ganz einfachen Methoden der Haushaltsführung scheinen über die Fähigkeiten der meisten Frauen hinauszugehen. Viele Hausfrauen denken überhaupt nie daran, ihre Haushaltskosten in ein ordentliches Saldo zu bringen, andere tun das vielleicht einen Monat lang, aber nach dieser Zeit sind die Posten in eine chaotische Verwirrung geraten. Ich kenne einen Mann, der nie die Haushaltsbücher seiner Frau ansieht. „Es ist nur Zeitverschwendung“, sagt er, „ich kann sie nicht verstehen, und meine Frau kann sie mir nicht erklären.“ Andere Rechnungsführer von Beruf ähneln sich darin, es läge nicht an den Fähigkeiten, sondern an dem guten Willen der Frau, sie wolle nicht, die Zahlen seien ihr eine zu trodene Welt. Wohlverstanden, es ist hier nur von der Engländerin die Rede. Denn in Deutschland findet man eine Menge weiblicher Arbeitskräfte, die vorzügliche Rechnerinnen sind, und auch in Frankreich kann die Frau des mittleren und kleinen Bürgerstandes ausgezeichnet rechnen. Aber wie erwähnt, in England genügt ein Blick auf die ganz unglückliche Romantischmüderlei der Frauen in den mittleren und unteren Klassen, um zu begreifen, daß die Tochter Britannicus lieber in einer erdichteten Welt lebt als in der wirklichen.

Bewunderung oder Liebe, — was fordern die Frauen?

Bonoo verlangen die Frauen mehr, noch Bewunderung oder noch Liebe? Ich glaube, bewundert zu werden, gilt ihnen mehr als irgend etwas anderes im Leben. Es ist das, was sie am meisten begehren, monach sie hungern und dursten von der Wiege bis zum Grabe.

Es darf in der Tat ohne Ueberschreibung behauptet werden, daß die Bewunderung eine dringende Notwendigkeit für das Weib ist, mit der es sich glücklich fühlt, selbst wenn ihm darüber hinaus nichts geboten wird. Ohne Bewunderung fühlt es sich elend, mag es auch „in Seide gekleidet gehen und Ueberflugs an Silber bestehen“.

Kostlich glauben die Frauen, vor allem Liebe zu begehren, aber das, was außer der Liebe den härtesten Reiz für sie hat, ist die Schmeichelei. Das Lieb eines reiferen Mannes ist nur ein Hauch der Schmeichelei.

Mit offenen Ohren nimmt das Weib die süßen Worte in sich auf, und weil sie diesem Lobesgang lauschen dürfen, wohnen die Frauen, verliebt zu sein. Sie glauben wirklich, daß ihr Herz gerührt ist, während in der Tat doch nur ihrer Eitelkeit geschmeichelt wurde.

Die Frauen wissen nicht, daß, um sie zu gewinnen, die Liebe nur eine untergeordnete Rolle spielt, aber dies ist natürlich der Fall. Man braucht kein Prophet zu sein, um voraussetzen zu können, welche Antwort ein Mann erhalten würde, der sich genug wäre, einem Weibe die Wahrheit zu sagen, z. B.:

„Meine liebe Marie, du bist eine einfache kleine Seele mit nichtsparendem Haar und Augen, die wie in eine Decke gebrannte Löcher aussehen, mit keinen guten Teint und einer Figur, wie aus einem Stück Poppe geschnitten, — du bist auch nicht besonders klug oder intelligent, aber du bist so gut wie Gold, bist freundlich und heilig und bist gerade das Weib, das ich brauchen könnte. Willst du meine Frau werden?“

„Werde nicht Marie anfragen und sagen: „Wie dürfen Sie mich beleidigen? Noch ein Wort, und ich esse meinen Vater!“

Ein weiteres interessantes Streiflicht auf die Tatsache, daß Frauen wirklich Bewunderung mehr als Liebe begehren, wird in der Erklärung der verheirateten Frauen zu ihren Ehemännern gefunden.

So würde selbst eine Frau, deren Ehemann sich zu Tode arbeitet, um ihr ein angenehmes Leben zu verschaffen, sich für ein vernachlässigtes und ungeliebtes Geschöpf halten — einloch wäl der Mann, an den sie verheiratet ist, angehört hat, ihr Schmeicheleien zu sagen.

Es ist dieses Verlangen, bewundert zu werden, — verbunden mit der Tatsache, daß ein Ehemann geschäftlich zu sehr beansprucht oder vielleicht auch zu sorglos ist — was fast allen häuslichen Tragödien zugrunde liegt. Ein Mann heiratet ein Weib und hält es für selbstverständlich, daß es von nun an — auch ohne viele Worte — wissen wird, daß er es liebt und bewundert. Aber die Frau ist nicht so veranlagt. Sie verlangt nach einem Lob, wie eine Blume nach Wasser.

Es gibt im ganzen Leben nichts Tragischeres, als daß Millionen Frauen nach einem solchen Bewunderung laichen, daß sie sterben vor Verlangen nach einem kleinen Lobe ihrer Gatten.

Der beste Beweis, daß die Frauen Bewunderung höher als Liebe stellen, kann darin gefunden werden, daß selbst glücklich verheiratete Frauen die Frauen beneiden, die im öffentlichen Zu-

teresse stehen. Selbstverständlich gibt es Ausnahmen, aber es ist unbestrittene Tatsache, daß nichts den Frauen mehr schmeichelt, als eine Stimme, die sich zu ihrem Lobe erhebt, daß sie nach Bewunderung mehr verlangen, als nach Liebe und die Tiefe der Liebe nach der Wärme der ihnen gesollten Bewunderung ermeßen.

Dorothea Dix.

Welche Farbe „kleidet“?

Ob ein Kleid „steht“, hängt weniger von Schnitt und Modart als von der Farbe ab, und das Geheimnis jener Frauen, die sich stets vorteilhaft zu kleiden wissen, beruht einfach in einem feinen Farbensinn, einem ausgeprägten Gefühl für „harmonische Kontraste“, wenn man so sagen darf. Warum steht lichten Blondinen meist das dunklere Schwarz der Troner so gut zu Gesicht? Weil der Kontrast, das Abstechende gerade die jarten Farben erst zu rechter Geltung bringt. Andererseits wird auch Weiß wiederum gut mit rofiger Haut kontrastieren und deshalb harmonisieren, während blaße, weiße Menschen in Weiß meist nicht gut aussehnen. Jedoch läßt sich darüber nur ganz im allgemeinen sprechen, denn im besonderen gibt es unzählige Verschiedenheiten und Nuancen in Haar und Teint, vom lichteften Aschblond bis zum blauschwarzen Haar, von rofiger, zart durchschimmernder Haut bis zu jenem berühmten „warmen Bronzeton“, daß es im Einzelfalle stets dem Gesicht, d. h. dem Farbensinn der Trägerin, überlassen bleiben muß, etwas ihr Kleidbares zu wählen. Auch die verbreitete Ansicht, daß die Farbe der Augen oder des Haares maßgebend für den Gesamton der Kleidung sein müsse, hat wohl kaum Berechtigung, da, wie schon angedeutet, meist gerade der Kontrast die reizvollsten Wirkungen schafft. Will man aber einige allgemeine Winke beachten, so läme für Blondinen besonders Blau und Grün in allen Schattierungen, sowie sattes Violett in Betracht, während Brünette besser ausgesprochene Farbtöne, wie Gelb, Rot oder Braun, wählen. Auch ein richtiges Silbergrau ohne bläulichen Ton ist für dunkle Schönheit sehr vorteilhaft. Weiß ist jedoch nur in stark gelblicher Tönung angebracht. Das früher so beliebte Rosa ist ja zurzeit etwas vernachlässigt, sonst steht diese Farbe wohl zu jedem Haar, wenn auch nicht zu jedem Teint. Es pflegt übrigens unbedeutend in den meisten Frauen eine Vorliebe gerade für die Farbe, die sie gut kleiden zu schummern. Sie läßt eine geheimnisvolle Anziehungskraft aus, vielleicht weil sie die Erfüllung ist für das Suchen des erwünschten feinsinnigen Farbensinnes.

Frauenbewegung und Berufe.

Die Frau als Theologin. Die Berliner evangelisch-theologische Fakultät hat einen Beschluß von großer Bedeutung für die Frau als Theologin gefaßt. Sie hat bestimmt, daß die Statuten der Licentiatenpromotion auch auf die Frauen Anwendung finden sollen. Die Frauen wenden sich nämlich mehr und mehr den theologischen Studien zu, bei denen ihnen in der alten Fassung der Statuten kaum zu überwindende Schwierigkeiten erwachsen.

Wie bekannt sein dürfte, hat Preußen überhaupt erst mit dem Jahre 1908 die Frauen zur Immatrikulation auf den Universitäten zugelassen. Die fäbdeutschen Knabenklüten waren darin vorangegangen.

Im Sommersemester 1911 waren in Preußen 29 Frauen als Theologiestudierende festzustellen. In allen Abteilungen des theologischen Seminars sind Frauen ordentliche Mitglieder. Zu beachten ist dabei, daß lediglich bisher tiefste Uebergangung die Frauen zu diesem Studium getrieben hat. Denn die praktische Bewertung ist eigentlich nur im höheren Lehrberuf — also doch immerhin in sehr beschränktem Maße — für die Frau vorhanden.

Aber jetzt tritt ein neues Feld vor die Augen der Frau, die sich der Theologie zuwendet. Für die Leitung der großen Jurisorgheime, für den Unterricht an Diakonieleminarien ist die Anstellung einer gründlich theologisch gebildeten Frau von größter Bedeutung. Das Zusammenarbeiten mit den jüngeren Geistlichen wird sich zweifellos auch durch diese Ausbildung innig gestalten. Ein besseres Begreifen und Zusammenklängen wird dadurch anbahnt werden. Darum darf man das theologische Studium hinfort nicht mehr als eines betrachten, das nicht zum Erwerbe führt.

Heiteres.

Wochzeiten von der Frau für die Frau.

Wenn einer verheirateten Frau nichts zu wünschen übrig bleibt, dann wünscht sie, daß ihr Mann anders wäre.

Will sich eine Frau ein herzlich willkommen in ihrem Heim sichern, dann brauche sie nur ihren Mann mit dem Baby allein lassen, wenn sie ausgeht.

Heirat macht Mann und Frau eins; deswegen fühlen sich beide oftmals einsam.

Viele Mädchen haben einen guten Freund verloren, weil sie ihn geheiratet haben.

Montag von 10—11 Uhr Auskunftsstelle für höhere Frauenberufe: Prinz-Wilhelmstraße 6, 2. Stod.

Verantwortlicher Redakteur: Julius Witte.

